Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 254. Mittag-Ausgabe. Sechsundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Freitag, den 4. Juni 1875.**

Deutschland.

Berlin, 3. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem General der Cavallerie z. D. v. Hartmann, bisher Gouverneur von Straßburg, den Königlichen Kronen-Orden erster Classe mit dem Emaille-Bande des Rothen Adler-Ordens mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe; dem Major z. D. Hornung, bisher Bezirks-Commandeur des 1. Bataillons (Aurich) Ostfriesischen Landwehr-Regiments Nr. 78, den Königlichen Kronen-Orden dritter Classe; dem Haupt-Steueramts-Rendanten, Rechnungs-Rath Grambusch zu Köln, den Königlichen Kronen-Orden vierter Classe; dem Schullehrer, Küster und Organisten Sulzbacher zu Argenthal im Kreise Simmern, den Adler der Inhaber des Königlichen Hausordens von Hohenzollern verliehen.

Se. Majestät der König hat den fürstlich schwarzenburgischen Landrath Freiherrn Robert v. Ketelhodt zum Landrathe des Kreises Deutsch-Crone ernannt; und dem Kreisger. ... Secretair, Kanzlei-Director Evers in Neuhaldensleben den Charakter als Kanzlei-Rath verliehen.

Dem Civil-Ingenieur Johann Leopolder in Wien ist unter dem 29. Mai 1875 ein Patent auf einen Wassermesser auf drei Jahre ertheilt worden.

Der Geheime Kanzlei-Inspector, Kanzlei-Rath Thauß ist zum Geheimen Kanzlei-Director im Justizministerium ernannt worden.

Berlin, 3. Juni. [Se. Majestät der Kaiser und König] haben Sich gestern Abend nach Schluß der Oper nach Babelsberg begeben. Heute Morgen besichtigten Allerhöchstdieselben am Neuen Palais bei Potsdam das Lehr-Infanterie-Bataillon. Zum Diner, das auf Babelsberg stattfindet, sind einige Einladungen ergangen. (Reichsanz.)

⊙ **Berlin**, 3. Juni. [Zum Besuch des Königs von Schweden. — Dementi. — Pfarrbeneficium.] Von dem Besuche, welchen der König von Schweden mit dem Kaiser im Zeughause machte, wird noch berichtet, daß unter Anderm ein Geschütz von völlig neuer Construction besichtigt und von dem Kaiser selbst dem König in allen Details gezeigt wurde. Nachdem dies geschehen, fügte der Kaiser, indem er das Zündloch symbolisch mit einer in der Hand gehaltenen Blume bedeckte, den Wunsch und die Hoffnung hinzu, daß das Geschütz recht lange seine Bestimmung für den Krieg selbst nicht zu erfüllen haben möge. — Die in den katholischen Blättern mit besonderem Eifer ausgebeutete Mittheilung, daß der Kaiser dem Minister Falk erklärt habe, er werde neue kirchliche Gesetze nicht mehr unterzeichnen, ist völlig erfunden. Zu einer derartigen Willensäußerung Sr. Majestät lag um so weniger ein Anlaß vor, als das Staatsministerium selbst bei seinen neueren Schritten nach den ausdrücklichen Aeußerungen des Ministers Falk von der Absicht und Hoffnung ausgegangen ist, mit den jetzt festzustellenden Vorlagen dahin zu gelangen, daß weitere Schritte der Gesetzgebung zunächst nicht erforderlich werden. Es ist schon früher an dieser Stelle mitgetheilt worden, daß schon das umfassende Votum des Cultusministers an das Staatsministerium, welches den Ausgangspunkt der jüngsten legislativen Operationen bildete, von jenem Gesichtspunkte des wünschenswerthen Abschlusses der nothwendigen Maßregeln ausging. Es ist wohl anzunehmen, daß der Kaiser nach seiner Sinnesart auch diesem Gesichtspunkte des Staatsministeriums freudig zugestimmt hat. Ebenso bestimmt aber kann versichert werden, daß von seiner Seite keine Aeußerung gefallen ist, welche einen vermeintlich lähmenden Einfluß auf die Action des Staatsministeriums in dem kirchlichen Kampfe üben könnte. Es sind das selbstgemachte Illusionen der ultramontanen Partei, wie sie sich im Verlaufe des Kampfes schon öfter wiederholt haben. — Der Cultus-Minister hat die Provinzial-Behörden darauf hingewiesen, daß in denjenigen Sprengeln der Monarchie, in welchen die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln für die Bisthümer und die Geistlichen eingetreten ist, Pfarrbeneficien fiscalischen Patronats fortan in der Regel nur solchen Geistlichen zu verleihen sind, welche sich durch schriftliche Erklärung verpflichten, die Gesetze des Staates zu befolgen. Es gilt dies von allen fiscalischen Patronatsstellen, ohne Rücksicht darauf, ob der Stelleninhaber Leistungen aus Staatsmitteln zu beziehen hat oder nicht. Sollten die Oberpräsidenten ausnahmsweise auf Grund schlüssiger Handlungen, wie sie das Gesetz vom 22. April in Aussicht nimmt, die Berücksichtigung eines Geistlichen für zulässig und anräthlich erachten, so soll vor der Verleihung der Stelle an den Minister berichtet werden.

= **Berlin**, 3. Juni. [Die Compromißverhandlungen über die Provinzialordnungs-Grundbücher.] Im Abgeordnetenhause herrschte heute geschäftliche Bewegung. Schon um 10 Uhr Vormittags trat die Fortschrittspartei in Berathung über die Stellung, welche sie zu der Provinzialordnung einnehmen würde. Sechs volle Stunden währte die Debatte und doch schloß sie eigentlich ohne jedes positive Resultat. Augenscheinlich nimmt man Anstand, positiv auszusprechen, daß man jeden Compromiß verwerfe. Man will nicht auf Basis der Hobrecht'schen Vorschläge verhandeln, aber man will auf eigene Hand Verbesserungsanträge stellen. Kurzum man vertagte vorläufig einen endgiltigen Beschluß. Die ostpreußischen Mitglieder der Fraction, welche früher die ausgesprochenen Freunde des Entwurfes waren, sind jetzt seine Gegner geworden. Man ist zu der Annahme berechtigt, daß die Majorität der Fraction gegen jeden Entwurf stimmen wird, welcher weiter geht, als die bisherigen Beschlüsse des Abgeordnetenhauses. Zu denjenigen wenigen Mitgliedern der Fraction, welche dagegen mit der Majorität stimmen möchten, zählt man u. A. — wie weit mit Recht bleibe dahingestellt — die Abgeordneten Hänel, Dr. Löwe und Dr. Virchow. — Um 1 Uhr Mittags traten die Delegirten sämmtlicher Fractionen zusammen, deren keine unvertreten geblieben war. Der, mit Rücksicht auf diesen Umstand in der Versammlung erschienene Präsident des Hauses v. Bennigsen übernahm denn auch die Leitung der Verhandlungen. An denselben betheiligten sich indessen nur Mitglieder der nationalliberalen, der freiconservativen und neuconservativen Fraction. Diese drei Fractionen vereinigten sich über eine Reihe von Vorschlägen im Sinne der bekannten Hobrechtschen Anträge, mit der Maßgabe, daß sie nur einer so modificirten Provinzialordnung zustimmen würden. Diese Vorschläge nahmen die sämmtlichen Delegirten ad referendum für ihre Fraction, denen nunmehr der Beitritt offen gelassen werden soll. Die Zustimmung der drei bezeichneten Fractionen ist gesichert und damit eine, wenn auch nicht große Majorität gewonnen. Der Geh. Reg.-Rath Persius wohnte den Delegirten-Berathungen, wohl in seiner Eigenschaft als Mitglied des Abgeordnetenhauses bei. Die Regierung soll sich der festen Zuversicht hingeben, die Zustimmung des Herrenhauses zu den bevorstehenden Beschlüssen des Abgeordnetenhauses erlangen und damit das Gesetz doch noch zu Stande bringen zu können. Jedenfalls wird jetzt bereits mit ziemlicher Gewißheit der 17. d. M. als spätester Termin für den Sessionsschluß bezeichnet. Der gestern avisirte Gesetzentwurf btr. die Berichtigung des Grundsteuerkatasters und der Grundbücher bei Auseinandersetzungen vor Bestätigung des Recesses ist heute dem Abg. Hause zugegangen. Außerdem ist eingegangen Seitens der Minister der Finanzen, des Innern und der Justiz ein Gesetzentwurf betreffend die Erweiterung der Statuten der Landescreditanstalt zu Hannover. Der 7 Paragraphen umfassende Entwurf verordnet in § 1: „Die Hannoversche Landescreditanstalt ist befugt, an Grundeigenthümer Darlehne innerhalb der gesetzlich festgestellten Grenzen, außer gegen Gestattung einer Hypothek zu gewähren: 1) gegen Eintragung einer Grundschuld; 2) gegen Abtretung einer im Grundbuche eingegangenen Hypothek oder Grundschuld." Die übrigen Bestimmungen ordnen die Rechte der Landescreditanstalt, die Aufhebung der bisherigen beschränkten Bestimmungen bei freiem Geschäftsbetriebe und namentlich die Befugniß zur Darlehnsbewilligung an Sicherheit gewährende Gemeinden, Körperschaften und Verbände.

H.T.B. **Berlin**, 3. Juni. [Die Provinzialordnung.] Delegirte aller Fractionen des Abgeordnetenhauses traten heute Mittag zu einer gemeinschaftlichen Besprechung über die vom Herrenhause angenommenen Beschlüsse der Provinzialordnung zusammen. In der nationalliberalen Fraction war gestern mit Allen gegen 9 Stimmen der vom Abg. Miquel befürwortete Compromißvorschlag, die Annahme des Hobrechtschen Amendements und die Wiederherstellung des Beschlusses des Abgeordnetenhauses, betreffend den Vertheilungsmodus der Steuern, angenommen worden. Dies Compromiß bildete heute die Basis der Verhandlung. Die Vertrauensmänner der Fortschrittspartei, des Centrums und der Polen erklärten kein Mandat seitens ihrer Fraction zu besitzen, um dem Compromiß gegenüber eine feste Position nehmen zu können. Nationalliberale, Frei- und Neuconservative, die über die Majorität der Stimmen im Hause verfügen, formulirten schließlich in obenangedeutetem Sinne die dem Plenum zu unterbreitenden Anträge. Für diese wird die Regierung im Herrenhause eintreten. Somit kann das Zustandekommen der Provinzialordnung als gesichert betrachtet werden.

[Oesterreich und Deutschland.] Der telegraphisch gemeldete Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." lautet vollständig:

„Ein heute Morgen eingelaufenes Wiener Telegramm besagt:

„Anläßlich der Erklärungen Lord Derby's in der Sitzung des englischen Oberhauses vom 31. v. M. ist auf das Bestimmteste zu constatiren, daß Oesterreich die Betheiligung an der englischen Mediation rundweg abgelehnt hat, weil es keinerlei Veranlassung erkannte, Deutschland eine friedensstörende Tendenz zu insinuiren."

Bereits vor mehreren Wochen hatten wir Anlaß mit Genugthuung hervorzuheben, daß grade in dem für beunruhigende Nachrichten besonders empfindlichen Wien den Gerüchten über kriegerische Absichten Deutschlands keinen Augenblick lang Glauben beigemessen worden und daher die Zuversicht an der Erhaltung des Friedens eine stetige unerschütterte geblieben sei. Der staatsmännische Blick des Grafen Andrassy hat sich auch bei dieser Gelegenheit bewährt und Deutschland weiß dem Minister sicher Dank dafür, daß er einer entstellten Auffassung der Ansichten und Absichten unserer Regierung auch keinen Zoll breit Raum gab.

Das obige Wiener Telegramm ist somit ein dankenswerther Beitrag zu der Geschichte der letzten Wochen. Ebenso wie vor wenigen Tagen aus St. Petersburg constatirt wurde, daß der Kaiser Alexander und sein erster Minister keinen Anlaß hätten, hier in Berlin für die Erhaltung des Friedens zu wirken, ist nun auch über die Haltung der österreichisch-ungarischen Regierung während der „Krisis", — wenn es überhaupt gestattet ist, eine solche Bezeichnung anzuwenden — vollgültig Aufschluß gegeben. Deutschland wird davon gern Akt nehmen und des Freundes nicht vergessen, der es ablehnte, an einer gegen den Freund gerichteten verdächtigen oder gehässigen Insinuation sich zu betheiligen. Gleichzeitig erfahren wir, was aus Lord Derby's Rede nicht hervorgeht — die englische Post ist ausgeblieben und der Wortlaut daher nicht zu controlliren — daß das englische Cabinet auch die österreichisch-ungarische Regierung aufgefordert hatte, die „Mediation" in Berlin zu unterstützen.

Die Befürchtungen der „Presse", daß an Lord Derby's Rede sich weitere und gereizte Discussionen knüpfen werden, theilen wir nicht. Derartige Discussionen wären vollständig unfruchtbar und höchstens dazu angethan, den Untergrund der eben erst wieder klar gewordenen Fluth von Neuem zu trüben. Die deutsche Presse wird sich begnügen, einfach von den Thatsachen Akt zu nehmen,"

[Dementi.] Verschiedene Blätter enthalten die Mittheilung, daß es in der Absicht der Staatsregierung liege, die Eisenbahn Posen-Schneidemühl-Belgard nach dem System der Secundärbahnen mit ungewöhnlich starken Steigungen und, wie es scheine, nur für den Güterverkehr benutzbar anzulegen, um an den Baukosten möglichst viel — man nennt die Summe von 6 Millionen Thaler — zu ersparen.

Wie der „Staatsanz." erfährt, entbehrt diese Mittheilung jeder Begründung. Die Eisenbahn Posen-Belgard und mit ihr die Abzweigungen über Rummelsburg nach Stolpmünde und Rügenwalde werden ebenmäßig für den Personen- wie für den Güterverkehr eingerichtet werden, und das Maximum der Steigungen wird das auf den bestehenden pommerschen Bahnen angewendete Maß nirgends überschreiten. Allerdings soll der Bau in einfacher und sparsamer Weise stattfinden. Dies begründet nicht allein der Umstand, daß die 50 Meilen Bahn bei zum Theil coupirtem Terrain, mehreren schwierigen Thalübergängen und fünffachem Anschluß an vorhandene Bahnen mit Ueberkreuzung derselben für die von der Landesvertretung bewilligten 18½ Millionen Thaler hergestellt wird, sondern es entspricht auch durchaus den Voraussetzungen, von welchen bei der betreffenden Gesetzesvorlage ausgegangen ist. In den Motiven derselben heißt es ausdrücklich: „Ferner soll mit Rücksicht darauf, daß der Verkehr in den ersten Jahren ein verhältnißmäßig geringer sein wird, sowohl die Ausführung der Hochbauten, als die ganze Ausrüstung thunlichst einfach erfolgen."

D. R. C. [Ueber die Abreise des Fürsten Bismarck] nach Varzin sind bis jetzt keine Bestimmungen getroffen worden, jedoch ist als feststehend schon jetzt anzunehmen, daß der Reichskanzler vor Sonnabend nicht abreisen wird. Möglich ist es auch, daß er erst mit Beginn der nächsten Woche Berlin verläßt. Der Aufenthalt in Varzin wird bis Ende dieses Monats andauern und sich dann der Reichskanzler von dort aus über Berlin, wo er vielleicht zwei Tage verweilen wird, nach Kissingen begeben.

Kiel, 3. Juni. [Das schwedisch-norwegische Geschwader] hat den Kieler Hafen heute Vormittag 8½ Uhr verlassen. Die Fregatten „Vanadis" und „Olaf" gehen nach Travemünde, das Kanonenboot „Gunhild" nach Lübeck. — Admiral Henk hat heute das Kommando über das deutsche Panzergeschwader übernommen.

Köln, 2. Juni. [Die fällige englische Post] aus London vom 1. Juni Abends ist ausgeblieben.

Münster, 2. Juni. [Der Bischof von Münster.] Der „Westf. M." schreibt: „Der hochw. Herr Bischof ist schon länger als acht Tage auf einer Firmungsreise im rheinischen Decanate Kempen begriffen und mit einer Aufforderung, sein bischöfliches Amt niederzulegen, von Herrn v. Kühlwetter bis zum 30. Abends nicht beehrt worden. Dagegen erschien gestern, 31. Mai, Morgens, etwa 11 Uhr, ein Bote des Herrn v. Kühlwetter mit einem mächtigen Schreiben an den hochw. Herrn bei dem Generalvicar Dr. Giese mit dem Ersuchen, auf einem vorgelegten ausgefüllten Insinuations-Document zu bescheinigen, daß er ein Schreiben des Ober-Präsidenten an den Bischof von Münster de dato 28. Mai empfangen habe. Indeß weigerte sich der Herr Generalvicar, den Brief zu acceptiren und zu bescheinigen, was er nicht wisse. Am Nachmittage zwischen 4 und 5 Uhr ward derselbe große Oberpräsidialbrief an der Thür des bischöflichen Palais der Magd eingehändigt, ohne daß eine Empfangsbescheinigung gefordert wurde. Wir zweifeln nach den Verlautbarungen der officiösen Presse keinen Augenblick mehr daran, was der Inhalt dieses Schreibens ist: Herr v. Kühlwetter hat, wie am 7. September 1874 den hochw. Bischof Konrad von Paderborn, so jetzt am 28. Mai 1875 den hochw. Herrn Bischof Johann Bernard von Münster ersucht, innerhalb zehn Tagen sein bischöfliches Amt niederzulegen. Westfalens Bischöfe wären also „aufgefordert", während noch keiner der beiden Bischöfe der Rheinprovinz, der beiden Bischöfe Hannovers, der beiden Bischöfe Hessen-Nassaus und der beiden Bischöfe Preußens von ihren Ober-Präsidenten eine derartige Aufforderung empfangen haben.

Fulda, 2. Juni. [Anklage.] Nachdem es der hiesigen Polizeibehörde zur Kenntniß gekommen ist, daß mehrerr Damen für die katholischen Geistlichen, welchen wegen Renitenz gegen die Staatsgesetze die Leistungen aus Staatsmitteln auf Grund des Gesetzes vom 22. April 1875 entzogen worden sind, collectirt haben, so sind einige derselben wegen Ueberschreitung der Polizeiverordnung vom 5. Febr. 1874 in Anklagezustand versetzt worden.

Dresden, 3. Juni. [Die Abreise des Königs und der Königin von Schweden,] welche am Vormittage noch die hiesigen Museen besichtigt hatten, ist heute Mittag 1 Uhr zunächst nach Teplitz erfolgt. Der König und die Königin von Sachsen, sowie Prinz und Prinzessin Georg gaben ihren Allerhöchsten Gästen bis zum Bahnhof das Geleite, wo auch der schwedische Gesandte anwesend war. Der Abschied der Majestäten von einander war ein überaus herzlicher.

München, 2. Juni. [Dr. Sigl.] Das Bezirksgericht München l. J. hat die gegen den Redacteur des „Bair. Vaterland", Dr. Sigl, auf Grund einer Zeitungsnotiz, wonach derselbe Peterspfenniggelder im Betrage zu ca. 15,000 fl. mit sich auf die Flucht genommen haben soll, eingeleitete Untersuchung wegen Unterschlagung von ihm anvertrauten Sammelgeldern wieder eingestellt.

Würzburg, 1. Juni. [Der Bischof von Würzburg] hat sogleich nach dem Bekanntwerden der Nachricht, daß die katholische Universitätskirche den Protestanten zu Würzburg auf die Dauer der inneren Restauration ihrer Kirche zum Mitgebrauch überlassen werden solle, eine Remonstration mit der Bitte um Schutz der der katholischen Kirche in Baiern durch die feierlichsten Staatsverträge und die Constitution gewährleisteten Rechte an den König eingereicht; eine Bescheidung ist bis heute darauf nicht erfolgt.

Aus Baden, 2. Juni. [Die Neupriester.] Freiburger Blätter bringen heute eine neue, dem Anschein nach nicht unbegründete Sensationsnachricht. Um dem Erzbisthumsverweser und wohl auch sich selbst weitere Unannehmlichkeiten zu ersparen, beabsichtigen nämlich die im vorigen Jahre gewählten Neupriester, welche gegenwärtig wegen wiederholter unbefugter Ausübung kirchlicher Functionen mehrmonatliche Gefängnißstrafen verbüßten, demnächst nach Oesterreich oder der Schweiz auszuwandern und erst dann wieder in die Heimath zurückzukehren, wenn die augenblicklichen Verhältnisse sich günstiger für sie gestaltet haben würden. Näheres hierüber bleibt abzuwarten; jedenfalls wird die Curie darauf bedacht sein müssen, auf einem oder dem anderen Wege die Neupriester ihrer bösen Lage zu entreißen; man wird die jungen Leute doch nicht auf Lebenszeit dem Gefängniß opfern wollen?

♃ **Straßburg**, 1. Juni. [Zur Handelsgerichts-Frage. — Die letzten Handelsgerichts-Wahlen. — Journalisten-Verein.] Die Frage: ob Sein oder Nicht-Sein der Handelsgerichte, hat in den betreffenden Kreisen Elsaß-Lothringens eine seltene Erregung hervorgerufen. Die Handelskammern von Straßburg, Colmar, Mülhausen haben sich so gut wie einstimmig für den Fortbestand der bisherigen Handelsgerichte, die hier nur aus kaufmännischen, von ihren Fachgenossen gewählten Richtern bestehen, ausgesprochen und sind dem deutschen Handelstage nur zu dem Zwecke beigetreten, um daselbst gegen die vermeintlich drohende Aufhebung der Handelsgerichte zu protestiren, was bekanntlich durch Herrn Gustav Bergmann, Delegirten der hiesigen Handelskammer, geschehen ist. Die Letztere ist in ihrer Haltung vornehmlich durch einen Bericht ihres Präsidenten, des Herrn Julius Sengenwald, bestärkt worden, der mancherlei Auffallendes enthält, so z. B. die Entschiedenheit, mit welcher er jede Mitwirkung eines juristischen Elementes in den Handelsgerichten verwirft. Herr Sengenwald sagt: „In unserm Lande mit seinen tief eingewurzelten Gewohnheiten wäre es nicht möglich, das kaufmännische und das rechtsgelehrte Element neben- und miteinander functioniren zu lassen, und unsere consularischen Richter würden eher zurücktreten, als eine subalterne Rolle zu spielen, zu der sie die Anwesenheit eines Juristen jedenfalls herabbringen würde." Wir sind überzeugt, daß man überall in Deutschland, wo gemischte Handelsgerichte bestehen und zwar mit bestem Erfolge bestehen, eine solche Auffassung höchst befremdend finden wird. — Die letzten Handelsgerichts-Wahlen hierselbst, von denen wir jüngst berichteten, haben einen Artikel des „Elsässer Journals" hervorgerufen, der in Schmähung der eingewanderten Deutschen das Höchste leistet, was dieses Organ unserer krypto-französischen Particularisten bisher gewagt hat. Der Artikel hat dem „Elf. Journ." sogar die Anerkennung der „Frankf. Ztg." eingetragen, und das sagt genug. Nach ihm sind die deutschen Geschäftsleute, die nach 1870 hier einwanderten, oder, wie der Verfasser sich ausdrückt: „über unsere Stadt herfielen", meistentheils Lumpen und demzufolge bestehen die aus ihrer Mitte von dem hiesigen Bezirkspräsidium ausgewählten kaufmännischen „Notabeln", 30 bis 40 an der Zahl, gegen etwa 300 eingeborene, bis auf wenige „rechtliche" Kaufleute, aus lauter „Verdächtigen" und „Compromittirten", deren Namen schleunigst wieder von der „Ehrentafel" der Straßburger Notabeln zu streichen sind. Daß die Behörde sich der also frech beleidigten deutschen Einwohner-

schaft unserer Stadt annehmen sollte, ist nach den bisher zu Tage getretenen Aeußerungen des zur Zeit herrschenden Systems nicht wahrscheinlich, ein gerichtliches Vorgehen gegen das „Elsässer Journal" verspricht im günstigsten Falle einen nur wenig befriedigenden Erfolg, ein Organ zu ihrer publicistischen Vertheidigung besitzen die hiesigen Deutschen nicht, und so wird ihnen nichts Anderes übrig bleiben, als auch diese neueste Beschimpfung, wie manche frühere, ruhig einzustecken. — Der Vorstand des am 14. November v. J. gegründeten „Verein der Journalisten und Schriftsteller Elsaß-Lothringens" hat dieser Tage endlich ein Lebenszeichen von sich gegeben, indem er die erste ordentliche Generalversammlung des Vereins auf den 25. Juli angekündigt hat. Der Verein zählt alt- und neu-einheimische Journalisten zu seinen Mitgliedern und seine Kundgebungen erfolgen in deutscher wie in französischer Sprache; hoffen wir, daß der nationale Gegensatz, der unser Land beherrscht, nicht auch ihn über kurz oder lang spalte!

Schweiz.

Zürich, 31. Mai. [Zur Volksabstimmung. — Die jurassischen Geistlichen. — Verurtheilungen. — Ablaß. — Leichenverbrennung.] Am Sonntag den 23. in der großen Volksabstimmung hat die Schweiz knappzu ihre Ehre aufrecht erhalten. Das civis romanus sum des Stimmrechtgesetzes wollte dem Souverän noch nicht einleuchten; es ist für einmal mit 206,805 gegen 202,140 Stimmen abgelehnt worden, wird aber später nach Entfernung einiger mißliebiger Punkte sicher durchgehen. Dagegen ist das eine unvergleichlich weitere Tragkraft besitzende Civilstands- und Ehegesetz, wenn auch mit Hängen und Würgen, in den sicheren Hafen eingelaufen; es erhielt 212,854 Ja und 204,700 Nein. Glücklicher Weise waren die ultramontanen Walliser und die demokratischen Waadtländer etwas faul, andererseits die Zürcher u. a. fleißiger; sonst hätte sich Mutter Helvetia in Sack und Asche hüllen müssen. Daß das unter den katholischen Cantonen allein liberale Solothurn diesmal seiner Fahne untreu ward, ist mit Recht sehr aufgefallen. In der französischen Schweiz haben sich Neuenburg und Genf durch patriotische Stimmgebung ausgezeichnet. Der Culturcanton Aargau hat sich flau gemacht; immerhin nahm er das Civilgesetz mit kleiner Mehrheit an und verwarf eben so das Stimmrechtsgesetz. Eine besondere Ehrenmeldung verdienen die Aargauischen Israeliten; sie nahmen in Oberendingen und Langnau beide Gesetze fast einstimmig an, während die Christen sie im ersteren Orte mit Mehrheit, im anderen fast einstimmig verwarfen. Ueberaus brav machten sich auch die katholischen Soldaten in den Militärschulen; sie standen fast einhellig zu den Bundesgesetzen. Im Allgemeinen kann man aus der Referendums-Operation am Sonntag die Lehre ziehen, daß die Schule noch allzusehr in den Händen der Kirche liegt; mögen die liberalen Führer des Volkes keine Zeit versäumen, um aus dem Schulartikel der neuen Bundesverfassung bald eine volle Wahrheit zu machen! — Am 14. Juni wird die altkatholische Nationalsynode sich mit der Organisation des Synodalraths und der Bischofswahl beschäftigen. — Der Regierungsrath von Bern hat dem Bundesrath actenmäßig auseinandergesetzt, daß die Ausweisung der jurassischen Geistlichen erst zurückgenommen werden könne, wenn das demnächst dem Großen Rath vorzulegende Cultusgesetz ins Leben getreten sei. — Der durch Andrang fremder katholischer Arbeiter zu Gunsten der Unfehlbarkeit herbeigeführte Beschluß der katholischen Gemeinden in Schaffhausen ist bald darauf von der altkatholisch gesinnten Mehrheit wieder zurückgenommen worden; man sprach einmüthig dem Pfarrer Bohrer vollste Zufriedenheit aus, so daß dieser nunmehr auf seinem Posten verbleibt. — Das Bezirksgericht St. Gallen hat die Redaction der ultramontanen „Ostschweiz" wegen unfläthiger Angriffe auf das paritätische Cantonalseminar zu 100 Fr. Buße, Veröffentlichung des Stafurtheils und in die Kosten verurtheilt. Auch andere Organe der schwarzen Presse werden beim Kragen genommen. Der Regierungsrath hat den „Sarganserländer" nach beendigter Untersuchung wegen Ehrenbeleidigung des Seminardirectors in Rorschach zur strafrechtlichen Behandlung an das Bezirksgericht in Sargans überwiesen und auf Klage der Erziehungscommission über den „Rorschacher Boten", beziehungsweise das katholische Casino in Rorschach, wegen Amtsehrverletzung gegen das Lehrer-Seminar und die Erziehungs-Commission die Untersuchung verhängt. Ferner wird auf Klage des katholischen Schulraths von St. Gallen gegen Redacteur und Verleger des „St. Gall. Volksblatts" wegen Störung des confessionellen Friedens, anläßlich der altkatholischen Osterfeier eine strafrechtliche Untersuchung eingeleitet. Endlich ist dem Domvicar Hauser wegen Kanzelmißbrauchs nach beendigter Untersuchung eine nochmalige Verwarnung ertheilt worden. Man muß die St. Galler Behörden rühmen, daß sie sich von den unfehlbaren, frechen Pfaffen nicht auf der Nase tanzen lassen. — Im Großen Rath von Tessin platzen die Ultramontanen der Mehrheit und die Liberalen der Minderheit derart auseinander, daß neulich der Präsident sich genöthigt sah, die Sitzung wegen Tumults zu schließen. Es ist zu bedauern, daß manche Liberale Locarno verlassen, weil sie ihre Anstrengungen für aussichtslos halten. — In den Urcantonen herrscht gewaltige Aufregung und mächtiges Glockengeläute, seit Bischof Lachat in einem schönen Hirtenbrief das Jubel- und Ablaßjahr feierlichst angekündigt hat. Ein Correspondent des „Bund" macht aufmerksam, auf die neueste Entdeckung des bischöflichen Kanzlers Duret (Verfasser des Hirtenbriefs). „Wie nämlich im alten Bunde nach 7 mal 7 Jahren der Grundbesitz von Lasten befreit, solche, welche wegen Schulden Sclaven geworden, in Freiheit gesetzt worden seien, so werde im neuen Bunde, denn Christus habe den alten Bund nicht aufgehoben, sondern erfüllt, alle 7 mal 7 Jahre die Herrschaft des Teufels gebrochen; Strafen z. B., welche Gott über die Welt verhängt, weil sie nicht stramm an die Unfehlbarkeit glauben will, können durch solche Jubeljahre aufgehoben werden, denn der Papst ist der Schlüsselbesitzer der göttlichen Gnadenkammer und darum auch Austheiler und Verwalter der Schätze." (Demnach ist der Papst mächtiger als Gott selbst.) „Herr Duret beweist alles das auf das Scharfsinnigste. Es ist uns nur Eins aufgefallen: wenn nämlich der Ablaß die Herrschaft des Teufels bricht, so ist offenbar dieser Jubelablaß ziemlich überflüssig, denn der Concilsablaß — einer so vollkommen wie der andere — ist noch nie zurückgerufen worden und ist somit immer noch zu haben. Allein damit noch nicht genug, das Jahr 1875 soll nicht nur ein materiell überaus segensreiches, sondern durch kirchliche Gnaden verschwenderisch ausgestattet werden. Bekanntlich wird Pius IX. am 16. Juni die Welt dem Herzen Jesu widmen, denn daß St. Joseph zum Patron derselben ernannt worden, reicht noch nicht aus. Auf diesen Tag ist abermals ein ganz vollkommener Ablaß ausgekündet, welcher dadurch erworben wird, daß man eine römische Zauberformel zu sprechen hat, welche in allen rechtgläubigen Druckereien um ein Billiges zu haben ist. Man muß sich nicht verwundern, wenn der Credit des Teufels so stark abzunehmen anfängt, so daß Niemand mehr aufrichtig und herzlich an denselben zu glauben vermag, wenn mit solcher Fülle von Ablässen seine Herrschaft ununterbrochen bekämpft und sein Reich beeinträchtigt wird." — Nachdem die clericale Presse, besonders in Frankreich und der Schweiz, die Touristen dringend ermahnt hat, nicht in die Schweiz zu gehen, weil sie wegen der „Katholikenverfolgung" Leib und Leben riskirten, läßt sich die Fremden-Saison äußerst günstig an. Die Schweiz gilt noch nicht für eine Mördergrube. Wahrhaft tragikomisch ist aber, daß die ultramontane Abschreckung auf manche glaubige Gemüther ihre Wirkung nicht verfehlt. Der „Bund" berichtet: „es fürchten sich nun viele Ausländer, ihre gewohnten Wallfahrten und Pilgerreisen z. B. nach Einsiedeln zu unternehmen, so daß schließlich die Einsiedelnsaison sich zu einer ziemlich mittelmäßigen gestalten dürfte; dortige Gastwirthe und Krämer, die mit heiligen Sachen handeln, sind daher auf die ultramontane Hetzpresse nichts weniger als gut zu sprechen, was auch sehr begreiflich ist und zwar um so begreiflicher, als Lourdes, Paray le Monial und andere französische Wallfahrtsorte unsern einheimischen bedeutend Concurrenz machen."

Der Regierungsrath von Zürich hat die Statuten des Vereins für Leichenverbrennung aus dem Grunde nicht genehmigt, weil die Frage der Zulässigkeit dieser Bestattung erst gesetzlicher Regelung bedürfe. Bei der tausendfachen Gesetzfabrikation wird ja wohl eins für diesen Fortschritt abfallen. — Die Rigibahn Kaltbad-Scheidegg ist nun auch eröffnet worden.

Italien.

Rom, 27. Mai. [Unruhen. — Savarese †.] Der „N. Z." schreibt man: Die Unruhen in Neapel haben sich erneuert. Vorgestern ist es auf Toledo und Piazza Cavour zu einem Conflict gekommen, bei dem es nicht ohne Verwundungen hergegangen ist. Angeblich wollte man die 17 gefangenen Studenten befreien, was übrigens weder ernstlich versucht wurde, noch gelang. Der gesetzlichen Aufforderung sich zu zerstreuen, leistete die Menge keine Folge und wurde von den Waffen Gebrauch gemacht. Von den Polizeisoldaten wurden fünf verwundet, einer mit einem Stockdegen; wie viel Verwundungen auf der anderen Seite statthatten, ist bis jetzt nicht bekannt geworden. Aus den vorgenommenen Verhaftungen bestätigt sich die Vermuthung, daß die ganze Bewegung von den Studenten auf eine andere Gattung von Unzufriedenen übergegangen ist. Unter den dieses Mal Verhafteten befindet sich kein einziger Student, sie gehören sämmtlich dem Handwerkerstande an. In der Nacht von vorgestern auf gestern wurden noch mehrere Verhaftungen, unter ihnen die eines bekannten Socialisten Tommaso Schettino, bei dem man sehr compromittirende Schriftstücke der Internationalen gefunden haben soll, vorgenommen. Die Studentenfrage tritt somit in den Hintergrund, wodurch sich die Bevölkerung nicht wenig beunruhigt fühlt, weil jeden Abend der Verkehr auf der Hauptstraße Neapels behindert wird. Bis jetzt beträgt die Zahl der Verhafteten, welche dem Untersuchungsrichter überliefert wurden, fünfundvierzig. — Am 24. hat Neapel zwei seiner gegenwärtigen Berühmtheiten verloren, den Baron Roberto Savarese, ein bedeutender von den Bourbonen exilirter Jurist und Schriftsteller, der bei der Vereinigung Neapels mit dem Königreich Italien nicht unwesentliche Dienste geleistet hat; dann den Maler Mancinelli, geb. 1812, der, einer der hervorragendsten Künstler, Neapel eine Anzahl großer Altarbilder, sowie den Vorhang des großen Theaters S. Carlo hinterläßt. Seit vielen Jahren war er Professor der Malerei an der neapolitanischen Akademie.

Frankreich.

Paris, 1. Juni. [Procession.] Der „K. Ztg." schreibt man: In allen Kirchspielen von Paris ist das Frohnleichnamsfest mit ungewöhnlichem Glanze gefeiert worden. Im Widerspruch mit dem Gesetze vom Germinal des Jahres X) aben mehrere Processionen außerhalb der Kirchen stattgefunden, so zu Notre Dame, zu St. Thomas d'Aquin, zu St. Severin, zu St. Marie, zu Batignolles und St. Lambert zu Vaugirard. Alle Militärmusiken der Garnison von Paris waren der Geistlichkeit zur Verfügung gestellt, welche auch reichlichen Gebrauch davon gemacht hat. In der Madeleine zog die Procession unter der Colonnade um die Kirche, wie auch in früheren Jahren; in den obengenannten Kirchspielen aber zogen die Processionen durch die Straßen, beschützt von der wohlwollenden Polizei. Der glänzendste und lärmendste dieser Umzüge war der des Kirchspiels von St. Thomas d'Aquin. Für diese Procession hatte das Kriegsministerium im Hofe des Artillerie-Museums einen Altar errichten lassen, wo nach dem Umzuge des Platzes vor der Kirche und durch einige umliegende Straßen Halt gemacht wurde. Es schien, als ob alle Ultramontanen von Paris sich dort versammelt hätten; die Menge war ungeheuer groß und an manchen Stellen konnte der Zug kaum durchdringen. In allen benachbarten Straßen hielten die Stadtsergeanten und Pariser Garden die Wagen und Omnibusse auf und nöthigten sie, andere Wege einzuschlagen. Die Clericalen dürfen sich zum Gelingen dieses ersten Versuches Glück wünschen. Der gute Erfolg wird sie ermuthigen und in einigen Jahren wird Paris mit Paray-le-Monial und Lourdes concurriren können.

Großbritannien.

London, 1. Juni. [Parlaments-Verhandlungen vom 1. Juni.] Im Oberhause kam, nachdem der Herzog von Richmond einige von dem bekannten Schutzpatron „unserer stummen Mitgeschöpfe", dem Earl de la Werr vorgebrachte Klagen über Thierquälerei, welche bei dem Transport ausländischen Viehes nach dem Markte zu Deptford an der unteren Themse vorkommen sollen, als thatsächlich unbegründet zurückgewiesen hatte, die Anfrage Earl Russell's und die Antwort Lord Derby's darauf, (Dieselbe wurde in Nr. 250 der „Bresl. Z." mitgetheilt.*) Viscount Hardington stellte darauf an den Herzog von Cambridge eine Frage, betreffend die Auffassung, welche dessen Rede vom 25. April über den Zustand der Armee im Lande geschenkt worden ist. Lord Hardington erklärte, er glaube hierbei einem Wunsche des Herzogs nachzukommen. Dies bezeichnete der Herzog von Cambridge als richtig. Seine Rede sei vielfach falsch aufgefaßt worden. Seine Mittheilungen und Berichtigungen, obwohl in dem stets optimistischen amtlichen Tone gehalten, fielen indessen doch wieder etwas zweideutig aus. Zu seiner früheren Erklärung, daß er sich getraue, in fünf Minuten das Commando über Truppen zu übernehmen, bemerkt er, daß er sich dabei speciell auf die Truppen bezog, welche er am Tage zuvor in Aldershot besichtigt hatte. An die Zahl der englischen Truppen habe er dabei gar nicht gedacht. Gewiß würde er es gern sehen, wenn das britische Heer zahlreicher wäre. Indessen werde heutzutage viel zu viel geklagt und getadelt. Haben die Offiziere zu klagen, so mögen sie unmittelbar zu ihm kommen, damit Abhülfe geschafft werden könne. Es sei ihm wohl von einem Regiment erzählt worden, in welchem 150 Mann dienstunfähig waren, indessen amtlich habe er darüber nichts erfahren und müsse die Nachricht daher als ein bloßes, sicher übertriebenes Gerücht behandeln. Die Rekrutirung gebe günstigere Ergebnisse, als gewöhnlich angenommen worden. Mit 18 und 19 Jahren seien zudem die Rekruten gerade recht. Wolle man darauf bestehen, daß sie alle 20 und darüber sein sollen, so werde man die Zahl nicht voll bekommen. Schließlich erklärte sich der Herzog gegen die allgemeine Wehrpflicht, indessen deutete er den Wunsch an, bei der Anwerbung zur Miliz möchte wieder vermittelst des augenblicklich suspendirten Ballots ein Zwang ausgeübt werden. Die Miliz bezeichnete er für die Zukunft als das Mark der britischen Wehrkraft. Lord Cardwell äußerte sich über die Worte des Oberbefehlshabers, wie er sie auffaßte, höchst erfreut. Die Lords Gray, Strathnairn, Lansdowne und einige Andere setzten die Besprechung fort, die indessen nichts weiter von hervorragendem Interesse lieferte.

Im Unterhause kam der Schiffbruch des deutschen Dampfers „Schiller" zur Sprache. James schien eine amtliche Untersuchung zu wünschen, doch berichtete ihn Sir L. Adderley dahin, daß die deutsche Regierung eine solche bereits angeordnet habe. Auf eine Besprechung des Leuchtthurm- und Signalwesens glaubte sich der Präsident des Handelsamtes jetzt nicht einlassen zu können. Auf Grund des Unglückes empfahl Vivian dem Generaldirector der Posten die Anlegung von Telegraphendrähten nach einzelnen bestehenden Leuchtthürmen auf Staatskosten. Doch lehnte Lord J. Manners diesen Vorschlag auf Grund gegentheiliger Empfehlungen der betroffenen Behörde ab. Den Hauptheil der Sitzung nahm die Debatte über Anträge in Anspruch, welche zur Regelung der Stellung der Presse und des Publikums im Parlamentsraume dienen sollen. Die conservativen Mitglieder hatten vor der Sitzung in dem Schatzamte zu Downingstreet eine Berathung mit dem Minister gehabt, der etwa 250 Mann beiwohnten und in welcher eine Einigung über die Behandlung dieser Frage erzielt worden war. Die Partei trat daher in der Debatte sehr geschlossen und disciplinirt auf. Die Debatte wurde genau an dem Punkte aufgenommen, an welchem sie vor Pfingsten abgebrochen worden war. Die Besprechung betraf den ersten Antrag Lord Hartingtons, welcher auf die Veröffentlichung der Sitzungsberichte Bezug hat und bestimmt, daß das Parlament hinfort von seinen Privilegien in dieser Beziehung absehen und zur Verfolgung der Veröffentlichung von Berichten nur berechtigt sein soll, wenn muthwillige Entstellungen oder ähnliche Vergehen vorliegen. Bei der Unterbrechung war der Kriegsminister Hardy am Wort und er setzte heute seine Rede fort. Dieselbe war gegen den Antrag gerichtet und wurde im Allgemeinen günstig aufgenommen. Der Kriegs-Minister bemerkte, dieser Antrag gehe über die erste Veranlassung hinaus, welche sich allein gegen die Anwesenheit von Fremden richtete. Bei einer so heiklen und schwierigen Frage thue man gut, bei der Abhilfe unzweifelhafter Mängel stehen zu bleiben. Mitchell Henry hatte als Amendement beantragt, es solle ein Ausschuß mit Prüfung der Frage betraut werden, und es solle bis zur Berichterstattung keine Bestimmung wegen der Presse getroffen werden. Letzterer Antrag war jedenfalls folgerichtig, aber Hardy hielt ihn nicht für zweckmäßig. Die Ernennung eines Ausschusses sei durchaus überflüssig, denn es haben wiederholt solche über diesen Punkt getagt, sich aber alle dahin entschieden, keine besonderen Schritte in der Sache zu thun. Man könne „Fremde" nicht in zwei Theile spalten. Die Berichterstatter der Presse seien von dem Parlament ganz unabhängig, deshalb solle man sich in ihre Angelegenheiten nicht einmischen. Bisher habe der gewohnte Tact des Parlaments üble Folgen der unbestreitbaren Anomalie abgewendet, er wird es auch ferner thun. Und dann, wer soll entscheiden, was „muthwillige Entstellungen", was „Unterdrückungen" sind? Die Berichterstatter haben carte blanche. Die Mitglieder, deren Rede sie nicht berichten, werden sich stets für verletzt halten, und diejenigen, deren Reden unrichtig wiedergegeben werden, werden dies stets als „Muthwillen" auslegen. Sir W. Harcourt bezeichnete das Haus als zur Regelung der Frage unwiderstehlich gedrängt. Nachdem Mitchell Henry sein Amendement zurückgezogen, wurde indessen der Antrag Hartington's mit 254 gegen 132 Stimmen unter lautem Beifall der Conservativen zurückgewiesen. Nicht besser erging es Lord Hartington's zweitem Antrag, welcher die Ausweisung von Fremden von einer Abstimmung abhängig macht, der mit 191 gegen 30 Stimmen fiel. Die Reihen der Liberalen hatten sich zu dieser Zeit bereits merklich gelichtet, da die erste Abstimmung für die ganze Sache als entscheidend betrachtet wurde. In derselben stimmte die Opposition geschlossen — auch Gladstone — für Hartington. Nachdem auf diese Weise das Feld geräumt worden war, stellte Disraeli seinen eigenen kurzen Antrag, welcher bestimmt, daß, wenn irgend ein Mitglied den Sprecher auf die Anwesenheit von Fremden aufmerksam macht, dieser auf der Stelle ohne Debatte eine Abstimmung darüber vorzunehmen hat, ob die Fremden ausgewiesen werden sollen. Der Sprecher solle indessen auch selbstständig aus eigenem Ermessen und ohne Verantwortlichkeit die Fremden ausweisen dürfen. Dieser Antrag nimmt auf die Presse keine Rücksicht und läßt vor der Hand die Frage über Privilegiumsverletzung bei Veröffentlichung von Sitzungsberichten ungelöst. Disraeli's Antrag wurde ohne Abstimmung oder selbst Debatte angenommen. Die Versammlung nahm sodann die Einzelberathung über die Hülfskassen-Vorlage auf.

*) Bekanntlich hat der vom „Wolff'schen Tel.-Bureau" telegraphirte Auszug aus der Rede Derby's dahin gelautet, Lord Derby habe gesagt: „Der deutsche Botschafter hätte sich wiederholt in dem Sinne ausgesprochen, daß, so wenig auch Deutschland den Krieg wünsche, es doch nothwendig sein würde, daß Frankreich seine Armee beträchtlich reducire, um den Frieden zu sichern." Aus den nun vorliegenden Sitzungsberichten der englischen Blätter ergiebt sich, daß Lord Derby in der Montagssitzung des Oberhauses von dem deutschen Botschafter und von dessen angeblichen Mittheilungen auch nicht eine Silbe gesagt hat! Die betreffende Stelle lautet in diesem Sitzungsbericht wie folgt: Nachdem Lord Derby sich auf die Sprache bezogen hatte, welche „durch Personen von höchster Autorität und Stellung" geführt worden sei, und auf die Behauptungen, welche durch die halboffizielle Presse Deutschlands vorgebracht worden, fuhr der Redner wörtlich, wie folgt, fort: „Es wurde behauptet, daß Deutschland den Krieg nicht wünsche, aber daß, wenn der Krieg vermieden werden solle, es nöthig erscheine, daß die französischen Rüstungen eingestellt werden müßten. Mylords, diese Aufstellungen (statements) wurden, wie ich bemerkt habe, durch Personen in hoher Stellung in Deutschland gemacht, und sie wurden in anderen Ländern wiederholt." (Anm. der Red.)

Provinzial-Zeitung.

Breslau's Steuerleistung.

Einen lehrreichen Einblick in die steigende Bedeutung der schlesischen Hauptstadt, sowohl extensiv nach der Zahl der Bewohner und Steuerzahler, als auch intensiv nach der Höhe des Einkommens und der Leistungsfähigkeit des Einzelnen gewährt eine Uebersicht über die Steuer-Verhältnisse der letzten 5 Jahre.

Was zunächst die Bevölkerungszahl angeht, so ist allerdings nicht weiteres Zuverlässiges darüber bekannt, als daß am 1. December 1871 hier 207,997 Seelen gezählt sind. Eine aus verschiedenen Momenten hervorgehende oberflächliche Schätzung vor und nach dieser Zeit läßt folgende Zahlen als nicht allzuweit entfernt von der Wahrheit erscheinen:

Ende	1870	1871	1872	1873	1874
Seelenzahl	201000	208000	215000	225000	235000
Steigerung in Procenten	100	103,4	106,9	111,9	116,9
Gesammtbetrag d. Staats- und Gemeinde-Steuern (ohne Zölle) .... Thlr.	1565330	1692520	1841978	2045444	2104881
Steigerung in Procenten	100	108,1	117,7	130,7	134,5

Der Procentsatz, um den die Gesammtsteuerleistung seit 1870 gestiegen ist (34,5), stellt sich also fast genau um das Doppelte höher, als der für die Bevölkerungs-Vermehrung sich ergebende (17).

Der aus den absoluten Zahlen sich berechnende Durchschnitt der Steuer-Zahlung pro Kopf beträgt in denselben Jahren:

Thlr.	7,7	8,1	8,5	9,1	8,9
Steigerung in Procenten	100	105,2	110,3	118,0	115,5

Hieraus ergäbe sich, daß die Steigerung der Durchschnittssteuer nur bis zum Jahre 1873 fortgeschritten, von da ab wieder mäßig gefallen wäre. Müßte man freilich für 1874 eine geringere Seelenzahl annehmen, so würde die Durchschnittsbelastung größer werden.

Diese letztere Annahme gewinnt aber nicht an Wahrscheinlichkeit, wenn man die Steuerleistung in Verhältniß zu dem Gesammt-Einkommen setzt, wie es bei der Heranziehung zur Communal-Einkommensteuer ermittelt wird (wobei das Einkommen der mitgerechneten juristischen Personen dasjenige der privilegirten Klassen (Militärs, Beamte rc.) ungefähr ausgleichen mag), denn es ergiebt sich dann, daß die relative Belastung des Einkommens durch die Steuern schon im Jahre 1871 ihr Maximum erreicht hat.

Dies Gesammt-Einkommen betrug nämlich in den 5 Jahren

Thlr.	19,774,450	20,013,325	22,302,525	29,173,600	32,279,770
Steigerung in Procenten	100	101,2	112,8	147,5	163,2
Procentale Belastung des Eink. durch die Steuer	7,9	8,5	8,3	7,0	6,5.

Eine Belastung des Einkommens durch sämmtliche directe und indirecte Staats- und Gemeindesteuern (ohne die Zölle) von 6—7 pCt. kann nicht als eine übermäßige bezeichnet werden. Man könnte freilich sagen — und das geschieht nicht selten — daß das Einkommen zu hoch abgeschätzt ist und daher die Belastung relativ zu niedrig erscheint. Dies mag bei einem Vergleich mit andern Städten, die noch nicht eine so lange Praxis in einer bis in die untersten Stufen hinuntergehenden Communal-Einkommensteuer haben, wie Breslau, richtig sein. Trotzdem das Breslauer Gesammt- und Durchschnitts-Einkommen so eine beträchtliche Höhe erreicht, glauben wir doch keineswegs, daß es zu hoch geschätzt ist. Nach mannigfachen Erfahrungen können wir die Einschätzungen zur unteren und mittleren Bevölkerungklasse für ungefähr zutreffend, in den höheren noch für erheblich zu niedrig annehmen.

Eine ungefähre Vergleichung der Belastung des Einkommens ist mit dem ganzen Staate, aber nur in Beziehung auf die Staatssteuern, und ohne die in obiger Zusammenstellung mit inbegriffene staatliche Braumalzsteuer, möglich. Ziehen wir deren Betrag, sowie die gesammte Communalsteuer, von der oben für 1874 angegebenen Summe ab, so erhalten wir directe Staatssteuern (incl. Schlacht- und Mahlsteuer im Betrage von 955,005 Thlr., welche das gleichzeitige Einkommen mit 2,95 pCt. belasten. Die gesammten entsprechenden Staatssteuern berechnen sich nach den Anlagen zum Staatshaushalts-Etat von 1875 für 1874 auf 47,077,667 Thlr. Das gesammte Einkommen der staatspersonalsteuerpflichtigen Personen ist, nach der ersten

allgemeinen Einschätzung zur Klassen- und Einkommensteuer für 1875, von Engel (in dem neuesten Hefte der statistischen Zeitschrift) auf 1,669,053,345 Thlr. festgestellt worden. Hiernach beträgt die Belastung desselben durch die sämmtlichen Staatssteuern 2,82 pCt., also nur unerheblich weniger als für Breslau allein. Freilich ist es bei dem Staat unzweifelhaft, daß die Einschätzungen an und für sich zu niedrig ausgefallen sind; andererseits schließt die Staatsbesteuerung mit einem Einkommen von 140 Thlr., während die Breslauer Communalbesteuerung noch eine Stufe unten bis 100 Thlr. anfügt. In dieser letzteren sind aber jetzt nur noch wenige Tausende Personen enthalten, während im Staate eine Bevölkerungsmasse von 6 Millionen Seelen (nicht wie vielfach unrichtig angenommen wird, von Einzelsteuernden und Familien) wegen geringeren Einkommens von der Besteuerung frei geblieben ist. Rechnet man aber auch hierunter 2 Millionen Einzelsteuernde und Familien mit einem Einkommen von je 120 Thlr., also 240 Millionen Thaler Einkommen jener obigen Einkommenssumme hinzu, so kommt doch noch immer eine procentale Belastung des Gesammteinkommens durch die gesammte Steuer von gegen 2½ pCt. heraus, so daß eine Stadt von der Leistungsfähigkeit Breslau's doch immer noch nicht um ½ pCt. höher belastet erscheint, als der Staat.

Sehen wir nun zu, wie Staat und Commune an dem angegebenen Gesammt-Steuer-Aufkommen sich betheiligen. Es erhielten:

	1870	1871	1872	1873	1874
der Staat ... Thlr.	841673	870068	943951	1044623	1059641
die Commune Thlr.	723657	822452	898027	1000821	1045240
In Procenten:					
der Staat	53,8	51,4	51,3	51,1	50,3
die Commune	46,2	48,6	48,7	48,9	49,7

Hiernach ist ganz regulär und consequent eine Verschiebung in dem Verhältniß zur Gesammtheit zwischen den beiden Steuern um 3½ % eingetreten, welche die Communalsteuern jetzt von der Gesammtheit mehr einnehmen.

Für 1874 stehen beide Steuersummen schon beinahe gleich, für 1875 wird jedenfalls die Communalsteuer schon den Löwen-Antheil erfordern.

Wir stehen hier vor der bekannten Erscheinung, daß die Commune gezwungen ist, für die bedeutenden, ihr durch ihre eigene Entwickelung entstehenden und durch die anderweitig auf ihre Schultern abgewälzten Lasten die Opferwilligkeit von Jahr zu Jahr höher anzuspannen. Es verdient aber hervorgehoben zu werden, daß diese höhere Anspannung in dem ganzen Zeitraum, ohne Neubesteuerung und Steuer-Erhöhung (abgesehen von einem kleinen temporären Zuschlag zur Einkommenstener in der Kriegszeit), vielmehr nur durch die Beibehaltung der einen höheren Ertrag abwerfenden Steuern in ihren alten Sätzen erreicht worden ist.

Die Bedeutung dieser Thatsache tritt noch mehr hervor, wenn wir die Steigerung der Staats- und Communalsteuern für sich betrachten.

Steigerung in Procenten	1870	1871	1872	1873	1874
Staatssteuern	100	103,4	112,2	124,1	125,9
Communalsteuern	100	113,6	124,1	138,3	144,5

Diese bedeutende Differenz des Steigerungs-Procentsatzes in 5 Jahren von gegen 20 %, also durchschnittlich jährlich von 4 %, rührt allein von der directen Besteuerung der Bevölkerung bis zu 1000 Thlr. Einkommen her, welche dem Staat bisher gefehlt hat. Die Schlacht- und Mahlsteuer, welche dem Staat bisher den Ersatz gebracht hat, hat bei weitem nicht diese Eigenschaft der „Fiscalität", d. h. mit anderen Worten, ließ dem Volke viel mehr das Geld in der Tasche.

Dies zeigt sich namentlich, wenn wir nunmehr die einzelnen Steuern für sich betrachten und zwar zunächst die Staatssteuern:

1) Mahlsteuer	Thlr.	108922	109583	118608	118393	111790
Steigerung in Procenten ...		100	100,6	108,9	108,7	102,6
2) Schlachtsteuer ...	"	182428	191205	205671	218943	222120
Steigerung in Procenten ...		100	104,8	112,7	120,0	121,8
3) Braumalzsteuer .	"	81679	90949	96875	107696	104636
Steigerung in Procenten ...		100	111,3	118,6	131,9	128,1
4) Grund- und Gebäudesteuer	"	155065	158761	162453	164771	167169
Steigerung in Procenten ...		100	102,4	104,7	106,2	107,8
5) Gewerbesteuer ..	"	142081	143108	148227	158460	165070
Steigerung in Procenten ...		100	100,7	104,3	111,5	116,2
6) Klassificirte Einkommenst. (ohne die Mahl- und Schlachtst.-Bonification, aber mit geringer Klassensteuer-Beilage) .	"	171498	176462	212117	276360	288856
Steigerung in Procenten ...		100	102,9	123,7	161,1	168,4

Während also die Mehlsteuer seit 1872 beständig abgenommen und im Jahr 1874 nur 2,6 pCt. mehr Erträge gebracht hat, als im Jahre 1870 und die Schlachtsteuer um 21,8 pCt. gestiegen ist, erreicht die Steigerung der klassificirten Einkommensteuer den hohen Betrag von 68 pCt. in 5 Jahren. Der Ertrag würde verhältnißmäßig sich noch mehr gesteigert haben, wenn auch die Personen unter 1000 Thlr. vom Staate besteuert gewesen wären. Dies zeigt die Steigerung der Communal-Einkommensteuer, welche wir nunmehr in Verbindung mit den übrigen Communalsteuern betrachten wollen.

1) Mahlsteuer ...	Thlr.	136324	137083	148552	148602	139125
Steigerung in Procenten ...		100	100,6	108,9	108,9	101,9
2) Schlacht- u. Wildsteuer	"	94615	99247	107274	115278	117167
Steigerung in Procenten ...		100	104,9	113,4	121,8	123,8
3) Braumalz- und Biersteuer	"	41962	48072	56284	63844	62606
Steigerung in Procenten ...		100	114,6	134,1	152,1	149,2
4) Grund- und Gebäudesteuer	"	77576	79408	81227	82385	83584
Steigerung in Procenten ...		100	102,4	104,7	106,2	107,7
5) Tanz- u. Hundesteuer	"	16228	16579	16941	16791	17740
Steigerung in Procenten ...		100	102,2	104,4	103,4	109,3
6) Einkommensteuer	"	356951	441962	487749	573910	625318
Steigerung in Procenten ...		100	123,8	136,6	160,8	175,2

Hiernach hat die communale Einkommensteuer sich um 7 pCt. seit 1870 mehr erhöht, als die staatliche. Die einzige noch beträchtlichere Erhöhung zu Gunsten der Commune zeigt die Braumalz- und Biersteuer. Da die erstere nur ein Zuschlag zu der Staatssteuer ist, so muß die Steuer vom eingebrachten fremden Biere sich am Allermeisten vermehrt haben. Dies ist auch in der That der Fall. Dieselbe brachte

Thlr.	6051	8060	10269	12869	13092
oder steigerte sich pCt.	100	132,2	169,7	212,7	216,4.

Es läßt sich hiernach leicht berechnen, wie viel indirecte Consumtionssteuern in Breslau aufgekommen sind, deren Ersatz eventuell in der Einkommensteuer hätte gesucht werden müssen, nämlich (ohne die Communalsteuer):

Thlr. 528340 545278 590374 614095 603294

Die Steuern nach dem Einkommen haben für Staat und Commune gebracht

Thlr. 528449 618424 699866 850270 914174.

Also fingen beide Steuersysteme mit dem ungefähr gleichen Betrage in 1870 an, differirten aber 1874 ohne jede Steuererhöhung um über 300,000 Thlr. Wenn also im Anfang der Periode keine Consumtionssteuern bestanden hätten, vielmehr, wie sonst meistentheils, die Einkommensteuer hätte Ersatz schaffen müssen, so würden, da von einer Contingentirung auf staatlichem und communalen Gebiete bisher keine Rede war, ganz selbstverständlich mehr Steuern eingekommen, resp. bezahlt worden sein in den betreffenden 5 Jahren:

Thlr. 109 73146 109492 236175 310880.

Der allergrößte Theil des Gewinns an diesen so factisch gemachten Ersparnissen wäre natürlich in die Staatskasse geflossen, wobei also von einem speciellen Nutzen für die Steuerzahler gar keine Rede gewesen wäre, während man allerdings annehmen kann, daß die Vermehrung der Steuer-Beträge, ohne Heruntersetzung des bisherigen Steuerfußes, durch Schaffung eines Reservefonds, durch Herstellung großer communaler Institutionen, wie Canalisirung den Steuerzahlern wieder zu Gute gekommen wäre.

Möge also immerhin der bekannte humane Grundsatz: „De mortuis nil nisi bene" auch für die staatliche Schlacht- und Mahlsteuer gelten, die wir uns aber deshalb keineswegs zurückwünschen wollen.

Durch solche Zahlen gewinnt indessen ferner die aus theoretischen Gründen der Menschenliebe, speciell im Interesse der unteren Volksklassen seitens unserer staatlichen Finanzmänner so warm vertheidigte Aufhebung der indirecten Steuern in den großen Städten eine ganz andere nicht uninteressante Seite. Es lag nämlich gleichzeitig darin ein ausgezeichnetes finanzielles Geschäft für die Staatskasse. Dies geht schon aus den vorne angeführten Thatsachen zur Evidenz hervor. Es läßt sich aber auch direct erweisen.

Das Soll der neuen Staats-Klassensteuer für 1875 beträgt, trotz der bedeutenden Herabsetzung der Steuer in den unteren Klassen, und trotzdem sämmtliche Dienstboten und weibliche Handarbeiterinnen in Breslau von der Steuer ganz frei gelassen sind, immer noch . . . . 248,694 Thlr.
Die Staats-Einkommensteuer (über 1000 Thlr.) bringt . . 427,836 „
also Summa 676,530 Thlr.

Setzt man von dieser Summe die bisherige Staats-Einkommensteuer (ohne die Mahl- und Schlachtsteuer-Bonification von je 20 Thlr. pro Person) ab mit . . . . . . 317,916 Thlr.

so erhalten wir den wirklichen Ersatz für die bisherige Schlacht- und Mahlsteuer, nämlich . . . . 358,614 Thlr.
Die staatliche Schlacht- und Mahlsteuer hat ertragen 1874 . 333,910 „
Also Gewinn für die Staatskasse 24,704 Thlr.

In Berlin, wo alle einfachen Dienstboten zur untersten Steuerstufe der Klassensteuer herangezogen sind, beträgt der Gewinn aus dem Geschäft der Staatssteuer-Reform (nach einer neuesten officiellen Mittheilung) sogar ca. 300,000 Thaler. Wenn man in Breslau das Berliner Beispiel befolgen wollte oder müßte, so ist es nicht zweifelhaft, daß die Dividende des Staats auch hier noch ganz ansehnlich steigen werde. Die Möglichkeit ist sogar nicht ausgeschlossen, daß gewisse Directive für die Einschätzung gegeben werden (Grundsätze für die Werthberechnung von freier Station u. s. w.), welche auch bei uns eine erhebliche Vermehrung der Steuerzahler in den unteren Klassen herbeiführen würden.

Wir machen auf diese Gefahr bei Zeiten aufmerksam, um den ersten Versuchen in dieser Richtung ein „Principiis obsta" entgegensetzen zu können. Die Städte sind jetzt schon dem platten Lande gegenüber, wo sogar die gewöhnlichen Tagelöhner theilweise, in der Provinz Schlesien sogar vollständig von jeder directen Besteuerung freigelassen sind, — unverhältnißmäßig stark belastet.

Auf welche Weise überhaupt die Interessen der großen Städte von unsern gesetzgebenden Factoren wahrgenommen werden, davon haben, auch auf steuerlichem Gebiete, die letzten Verhandlungen über die Provinzial-Ordnung ein für uns wenig erfreuliches Zeugniß geliefert. Dr. Bruch.

—d. **Breslau**, 3. Juni. [Bezirksverein der Ohlauer Vorstadt.] Nach Eröffnung der am 2. Juni abgehaltenen Versammlung durch den stellvertretenden Vorsitzenden, Mechanikus Thomas, hielt Oberlehrer Dr. Fiedler einen Vortrag über das gewerbliche Schulwesen in Schlesien, besonders in Breslau Nach einer allgemeinen Einleitung über die Entwickelung des Schulwesens überhaupt machte Redner darauf aufmerksam, daß Süddeutschland und speziell Würtemberg in der Gründung von gewerblichen Fortbildungsschulen uns vorangeschritten sei. Dort gebe es keine kleinere Stadt oder kein größeres industrielles Dorf ohne eine gewerbliche Fortbildungsschule, so daß bei nur 1¾ Millionen Einwohner in Würtemberg daselbst doch bereits 155 gewerbliche Fortbildungsschulen bestehen. Ein Vergleich zwischen Würtemberg und der ungleich größeren Provinz Schlesien falle nach dieser Richtung hin für letztere sehr ungünstig aus. Hierauf verbreitete sich Redner näher über das Schulwesen in Breslau, speciell über die Mittelschulen, oder wie sie jetzt genannt werden, höhere Bürgerschulen. Manche kleinere Stadt in unserer Provinz hätte, wie Redner des Näheren ausführt, weit besser gethan, statt eines gering besuchten Gymnasiums oder einer Realschule erster Ordnung eine solche höhere Bürgerschule zu gründen. Uebergehend zu den eigentlichen gewerblichen Schulen erwähnt Redner zunächst die beiden hier bestehenden Sonntagsschulen, deren Schülerzahl — noch nicht 500 — ein trauriges Zeugniß ablege, wenn man bedenke, daß die gewerblichen Fortbildungsschulen Würtembergs von 39,000 Schülern besucht werden. Die Hauptursache dieser so geringen Frequenz bei uns sei in den Personen zu suchen, denen die Fortentwickelung der Knaben anvertraut ist. Der Staat wolle auch hier den Schulzwang dadurch einführen, daß er nur diejenigen Fortbildungsschulen subventionirt, bei denen der Schulbesuch für die betreffenden Zöglinge obligatorisch gemacht wird. Nach dieser Richtung hin habe Redner aus verschiedenen Städten der Provinz günstige Nachrichten erhalten. Auch die Breslauer Stadtbehörden seien nicht abgeneigt, die jetzige Sonntagsschule, die gegenwärtig mehr den Charakter einer Nachhilfeschule habe, zu einer gewerblichen Fortbildungsschule auszubauen. Das Weitere verbreitete sich Redner sodann über die Gewerbeschulen, über die hiesige gewerbliche Zeichnenschule und über die noch zu errichtende Kunst-Zeichnenschule. Wenn nun auch in Breslau schon sehr viel für das gewerbliche Schulwesen gethan worden sei, so fehle doch noch die Krönung des Werkes durch die Errichtung einer polytechnischen Schule. Derartiger Schulen besitze der preußische Staat überhaupt nur drei. An den Vortheilen einer solchen Schule würde nicht nur unsere Provinz, sondern es würden daran auch die Provinzen Posen und Preußen participiren. Schließlich beleuchtet Redner die Gewerbeschulen für Mädchen, speziell die in Brieg und theilt mit, daß der Vorstand des Gewerbevereins die Errichtung einer hiesigen Gewerbeschule für Mädchen auf eigene Rechnung des Vereins projectirt habe. Dem Redner wurde für seinen Vortrag der lebhafteste Beifall der Versammlung zu Theil. — Drei eingelaufene Fragen beschweren sich darüber, daß Magistrat als nunmehriger Besitzer der Margarethenmühle den vom Frühjahrs-Hochwasser zerrissenen Margarethendamm mit dem öffentlichen Fußwege nicht wieder in passirbaren Zustand setzen lasse, da doch diese Verpflichtung dem jedesmaligen Besitzer genannter Mühle obliege. Brauereibesitzer P. Scholtz berichtet hierzu, daß Magistrat bereits die nöthigen Vorkehrungen treffe, den Damm resp. Weg wieder herzustellen. — Eine andere Frage hält das schmale Platten-Trottoir auf der Klosterstraße dem regen Verkehr nicht mehr entsprechend und empfiehlt, wegen Beseitigung dieses Uebelstandes bei Gelegenheit der jetzt beginnenden Pflasterung dieser Straße mit den Hausbesitzern der Klosterstraße geeignete Unterhandlungen herbeizuführen. — Ein Antrag geht dahin, beim Magistrat dahin zu wirken, daß die Wassersprengwagen nicht, wie bisher, nur bis zur Krankenanstalt Bethanien, sondern auch durch den dahinter liegenden Theil der Straße fahren, der es umsomehr bedarf, als er ungepflastert ist und im Sommer massenhafte Staubwolken aufwirbelt. — Ein anderer Antrag geht dahin, bei Magistrat und Stadtverordneten dahin zu wirken, daß auf der Klosterstraße vor dem Hause Nr. 41 ein Laufständer zur Spülung des Straßengerinnes aufgestellt werde. Oberamtmann Klingner spricht gegen Anlage von Laufständern, weil sonst viele Hausbesitzer nicht bewogen würden, das Wasser in ihre Grundstücke zu nehmen. Zur Spülung des Gerinnes genüge, wie im Innern der Stadt, die Anlage eines Spülrohrs im Gerinne selbst. — Schließlich richtete sich eine Frage auf den Stand des Baues einer Turnhalle vor dem Ohlauer Thor. Sämmtliche Fragen und Anträge wurden dem Vorsitzenden zur weiteren Erledigung überwiesen. Zum Schluß theilte der Vorsitzende mit, daß die allgemeinen Versammlungen des Vereins bis zum September ausfallen, dagegen die Vorstandssitzungen regelmäßig weiter abgehalten werden sollen.

≏ **Breslau**, 2. Juni. [Schwurgerichts-Sitzung.] (Freisprechung von der Anklage des Meineides.) Noch nie hatte ein Meineidsprozeß so offenbar den von uns schon früher gelegentlich hervorgehobenen Charakter des von der unterliegenden Prozeßpartei vor die Geschworenen gleichsam als in eine höhere Instanz gezogenen Civilprozesses, als derjenige, welcher heute gegen den Handelsmann G. hier beendet wurde; denn während der Bagatellprozeß zwischen dem Angeklagten und dem Schneider Oberlatz aus Waldkretscham wegen 3 Thlr. 20 Sgr. durch den Eid des Ersteren beendet wurde, erscheint heute gegen den des Meineids angeklagten G. nur Oberlatz als einziger Belastungszeuge. G. hatte an O. eine Waarenforderung von 6 Thlr. 20 Sgr. aus dem Jahre 1873 und hierauf, wie er angab, erst 3 Thlr. erhalten. Den Rest von 3 Thlr. 20 Sgr. klagte er ein. O. behauptete unter Eideszuschiebung, daß er an G. noch 3 Thlr. „auf die eingeklagte Forderung bezahlt habe. Dies bestritt G. und beschwor das Gegentheil. — O. denuncirte ihn nun, wie üblich, wegen Meineides, und producirte eine Quittung des G. über 3 Thlr. und einen Posteinlieferungsschein über eben so viel, und auf Grund dessen wurde die Untersuchung eingeleitet. G. wollte anfänglich von den durch die Post gesendeten 3 Thlr. Nichts wissen. Erst als ihm die von der Kaiserl. Postdirection übersandte Quittung mit seinem Namen vorgezeigt wurde, behauptete er, O. habe diese 3 Thaler auf eine frühere Schuld bezahlt, denn er habe schon vorher einmal Waaren im Betrage von 6 Thlrn. von ihm entnommen und darauf nur 3 Thaler angezahlt. Zum Beweise producirte er ein kleines Büchel, in welches er die entnommenen Waaren gleich einzutragen pflegte, und welches unter einander die von O. angeblich entnommenen beiden Waarenposten von 6 Thlr. und 6 Thlr. 20 Sgr. verzeichnet enthielt. — O. bestreitet dies Alles eidlich, wenngleich er zugiebt, einzelne Waaren von den in beiden Posten aufgeführten entnommen zu haben. — Der Vertreter der Königl. Staatsanwaltschaft hält die Anklage nicht völlig aufrecht, plaidirt vielmehr für die Annahme eines fahrlässigen falschen Eides, weil G. das von ihm behauptete Sachverhältniß dem Richter nicht vorgetragen und den Eid nur mit dieser Maßregel angenommen habe. Der Gerichtshof aber sprach den Angeklagten nach den Ausführungen der Vertheidigung frei.

μ [Reichsbank-Antheile.] Der Andrang zu der heut stattfindenden Zeichnung auf die Antheilsscheine der Reichsbank, mit deren Annahme die hiesige Königliche Bank betraut ist, war ein sehr bedeutender und schon lange vor Beginn der Geschäftsstunden sah man den Hausflur des Bankgebäudes von Harrenden förmlich belagert. — Wie Berliner Blätter melden, waren an der dortigen Zeichnungsstelle bis gestern Mittag ca. 78 Millionen Mark auf etwas mehr als 2900 einzelne Zeichnungen subscribirt.

X. **Neumarkt**, 2. Juni. [Tageschronik.] Zur Nachfeier des fünfzigjährigen Bürgerjubiläums des Kaufmanns Herrn Friedrich Ziehbold fand sich gestern Abend eine zahlreiche Gesellschaft im Pavel'schen Garten zusammen, die in Wort und Lied die Freundschaft bekundete, die man allseitig dem Jubilar entgegenbringt, nicht nur der Salon, selbst der Garten war dicht besetzt mit Personen beiderlei Geschlechts. Im Salon selbst fand zu Ehren des Jubilars ein Dilettanten-Instrumental- und Gesangs-Concert statt, bei welchem der Sohn des Herrn Ziehbold, Turnwart Herr Emil Ziehbold, einige Cello-Solo-Piecen mit Beifall zum Besten gab. Der Jubilar saß auf einem reichbekränzten Sessel und vor ihm stand das Seidel mit silbernem Deckel, worauf die Germania, ein Ehrengeschenk des hiesigen Turnvereins, ebenfalls reich bekränzt. Erst spät trennte sich die Gesellschaft. Bemerkenswerth ist, daß sich unter den Erschienenen auch ein alter Bürger, der Schuhmachermeister Herr Friemelt befand, welcher ebenso rüstig wie Herr Ziehbold im August d. J. sein 50jähriges Bürgerjubiläum zu feiern gedenkt. Hoffentlich wird ihm diese seltene Freude auch vergönnt sein.

△ **Oels**, 3. Juni. [Fortbildungsschule.] Die hiesige Handwerker-Fortbildnngsschule erfreut sich seit Jahren einer bedeutenden Frequenz. In vier Klassen werden ca. 200 Schüler unterrichtet und zwar Montag Abends je 2 Stunden; außerdem wird Sonntags Unterricht im freien Handzeichnen ertheilt. Als Director der Anstalt fungirt Gymnasiallehrer Dr. Keller und unterrichten außer diesem die Lehrer Heinrich, Jendotzak, Liebich und Kynast. Zur Unterhaltung der Anstalt haben die städtischen Behörden bereitwilligst Mittel zur Verfügung gestellt, und auch die Königliche Regierung hat aus der Präsident v. Kottwitz'schen Stiftung eine jährliche Subvention von 300 Mark bewilligt. Besondere Anerkennung verdient auch die Wirksamkeit des ersten Curators der Anstalt, Herrn Kaufmann Jüngling, welcher mit unermüdlicher Sorgfalt für die Interessen der Schule wirkt. Von den Leistungen des Instituts legte die unlängst abgehaltene Prüfung ein beredtes Zeugniß ab. Herr Bürgermeister Mappes hielt am Schlusse derselben eine recht treffende Ansprache an die Schüler, in der er sie zu stetem Fleiße und Wohlverhalten ermahnte und den Lehrern den Dank für ihre Mühwaltung ausdrückte. Schließlich bedauerte er, daß die Gegner der Anstalt sich nicht durch eigene Anschauung von der Nützlichkeit derselben überzeugen wollten. (Von den zahlreichen Meistern der Stadt war bei der Prüfung einer anwesend!) — Andererseits hat die Schule auch viele Freunde und Gönner und war es durch deren Unterstützung möglich geworden, an 20 Schüler namhafte Prämien vertheilen zu können.

⊙ **Beuthen OS.**, 2. Juni. [Zur Tageschronik.] Nachdem die Nebenrendantur der Kreis-Sparkasse in Königshütte, wie bereits mitgetheilt, dem dasigen Kämmerer Herrn Lichy anvertraut ist, hat jetzt die zweite Nebenrendantur in Scharley, Herr Schichtmeister Heisler daselbst, unter denselben Modalitäten übernommen. — Bei den Anmeldungen auf dem hiesigen Standesamte hat sich die Thatsache herausgestellt, daß jüdische Eheleute vielfach nur auf Grund einer kirchlichen Trauung sich im gemeinschaftlichen Leben befinden, und die zur Rechtsgiltigkeit ihrer Ehe nach dem Gesetz vom 3. Juli 1847 erforderliche gerichtliche Eintragung zur Zeit unterlassen haben. Da selbstverständlich sonach alle derartige Verhältnisse, sowohl für die Eltern als für die Kinder keine bürgerlich rechtliche Wirkung besitzen, so ist es erforderlich, daß alle solche Ehen, wozu auch der Standesbeamte auffordert, nachträglich bei der staatlichen Behörde angemeldet werden. — In der seit Jahresfrist schwebenden Schulangelegenheit des Beuthener Schwarzwaldes, ist auf die gegen die Eintheilung in vier Schulbezirke gerichteten Proteste der Stadt Beuthen vom Ministerium jetzt der Bescheid ertheilt worden, daß diese Viertheilung den Bedürfnissen entspreche und nicht mehr rückgängig gemacht werden könne. Die Stadt ist Grundherrin des Schwarzwalds-Terrains und sträubt sich als solche allerdings gegen die voraussichtlichen Mehrkosten, welche ihr durch die projectirten vier, statt der bisherigen zwei Schulen erwachsen werden, zumal auch die schulpflichtigen Interessenten sich nicht in den Verhältnissen befinden, um zu großen Leistungen herangezogen werden zu können. Dem gegenüber weist der Ministerial-Bescheid darauf hin, daß der Freikurgelderfond und die Staatshilfe zu Hilfe kommen wird, und bei der Nothwendigkeit der Gründung neuer Schulen die geringe Leistungsfähigkeit der zugewiesenen Einwohner kein Hinderniß abgeben dürfe. Neben Eintrachthütte und Friedenshütte werden also zwei neue Schulsysteme in Rosamundenhütte und Schwarzwald-Kolonie entstehen, die von den Interessenten um so dringender gewünscht werden, als erstere beiden Schulen überfüllt sind und die Communicationswege namentlich für Schwarzwald-Colonie sehr viel zu wünschen übrig lassen. Zum Bau eines neuen Schulgebäudes in Eintrachthütte sind aus dem Freikurgelderfond bereits 7500 M. bestimmt, und die Nothwendigkeit eines eigenen Schulhauses und überhaupt Abänderung des bisherigen Verhältnisses, wird kaum bestritten werden können, wenn berücksicht wird, daß die Schule in Eintrachthütte in einem gemietheten Gebäude 170 Schüler mit nur 1 Lehrer, und diejenige in Friedenshütte 118 Schüler mit 2 Lehrern umfaßt. Da außerdem die im Vorjahre aus dem Freikurgelderfond zu Schulzwecken für den Beuthener Schwarzwald bewilligten, aber nicht zur Verwendung gekommenen 7500 Mark, wohl noch nachträglich beansprucht werden können, und weitere Bewilligungen und Staatsbeihilfe in Aussicht gestellt sind, so bleibt zu hoffen, daß die der Commune Beuthen aufzuerlegenden Verpflichtungen, die nicht zu umgehenden annehmbaren Grenzen kaum überschreiten werden. — Die hiesigen Sicherheitsverhältnisse erhalten von Zeit zu Zeit immer besondere Illustrationen, durch mit unglaublicher Frechheit ausgeführte große Diebstähle, die notorisch nur auf die Erlangung von Gewehren, Revolvern, Dolchen, Säbeln und dergleichen Handwaffen gerichtet sind. In der Nacht zum 1. Juni hat wieder ein solcher großer Diebstahl resp. Einbruch bei dem Eisenwaarenhändler D. Freudenthal in der Krakauerstraße stattgefunden. Der Nachtwächter ist verhaftet, während die Diebe, welche gestört wurden, mit reicher Beute entkommen sind.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Lahr, 3. Juni. Die Stadt Lahr, Erbin des verstorbenen Millionärs Jamm, stellte den zur Hinterlassenschaft gehörigen Park mit der Villa dem Fürsten Bismarck zu lebenslänglicher Verfügung.

Bern, 3. Juni. Der Regierungsrath beschloß, den großen Rath zum 11. d. einzuberufen, um Vollmacht zur Einreichung des Rekurses gegen den Beschluß des Bundesrathes zu verlangen, durch welchen die Berner Regierung aufgefordert wird, den Externirungsbeschluß gegen die jurassischen Geistlichen binnen 2 Monaten zurückzunehmen. Der Regierungsrath hat gleichzeitig den Antrag gestellt, daß die vom Bundesrathe gestellte zweimonatliche Frist der Bestimmung der Verfassung des Cantons Bern über den Erlaß von Gesetzen entsprechend verlängert werde.

Bern, 3. Juni. Der Bundesrath E. Borel hat sich bereit erklärt, die Stelle als Director des internationalen Postbureaus anzunehmen. Gleichzeitig hat derselbe seine Entlassung aus dem Bundesrathe eingereicht.

Versailles, 3. Juni, Abends. Die Nationalversammlung berieth das Gefängnißreformgesetz fort. — Der frühere Minister des Auswärtigen, Remusat, ist hoffnungslos erkrankt.

San Sebastian, 3. Juni. Die Carlistenbatterien bei San Marcos wurde demontirt, der Angriff der Carlisten auf den Berg Esquinza abgeschlagen.

Brüssel, 3. Juni. In St. Nicolaus wurde eine größere Anzahl von Verhaftungen vorgenommen, in Folge des zwischen den Landleuten und Brüsseler Einwohnern gelegentlich der Procession entstan-

denen Streites. „Etoile belge" hebt hervor, die Agitation im Lande verlangt, daß die Bischöfe bei dem niederen Clerus zum Frieden und zur Eintracht reden und fordert die katholischen Minister auf, auf die Bischöfe einzuwirken.

Berliner Börse vom 3. Juni 1875.

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3½	173,30 bz
do. do.	2 M.	3½	172,30 bz
Augsburg 100 Fl.	2 M.	4	— —
Frankf.a.M.100Fl.	2 M.	4	— —
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	4½	— —
London 1 Lst.	3 M.	3½	20,465 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	4	81,60 bz
Petersburg 100SR.	3 M.	4	279,10 bz
Warschau 100SR.	8 T.	4	281,20 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	183,55 bz
do. do.	2 M.	4½	182,20 bz

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	— —
Staats-Anl. 4½%ige	4½	— —
do. consolid.	4½	105,90 bz
do. 4%ige.	4	98,30 bzG
Staats-Schuldscheine.	3½	91,40 bzG
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	134,75 bzG
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102,50 bz
Pfandbr. Berliner	4½	101,10 bz
Pfandbr. Pommersche	3½	86,50 bzG
Pfandbr. Posensche	4	94,60 G
Pfandbr. Schlesische	3½	— —
Rentenbriefe Kur- u. Neumärk.	4	99,60 bz
Rentenbriefe Pommersche	4	97,25 bz
Rentenbriefe Posensche	4	96,60 bz
Rentenbriefe Preussische	4	97,40 bz
Rentenbriefe Westfäl. u. Rhein.	4	98,00 bzG
Rentenbriefe Sächsische	4	98,90 bz
Rentenbriefe Schlesische	4	97,00 G
Badische Präm.-Anl.	4	118,40 bzG
Baierische 4% Anleihe	4	119,00 etbzB
Cöln-Mind.Prämiensch.	3½	107,75 bz

Kurh. 40 Thlr.-Loose 237 B
Badische 35 Fl.-Loose 127,00 B
Braunschw. Präm.-Anleihe 74,40 bzG
Oldenburger Loose 132,10 G

Louisd. — — d. —	Fremd.Bkn. 99,80 bz
Ducaten — —	Oest. Bkn. 184,05 bz
Sover. 20,56 G	do. Silbrgld. 187,50 G
Napoleons 16,375 G	do. ¼-Guld. — —
Imperials 16,80 bz	Russ.Bkn. 282.15 bz
Dollars 4,20 G	

Hypotheken-Certificate.

Krupp'schePartial Obl.	5	103,40 bz
Unkb. Pfb. d. Pr. Hyp.-B	4½	100,50 bz
Deutsche Hyp.-Bk.-Pfb	4½	95,75 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,40 bzG
Unkünd. do. (1872)	5	102,75 bz
do. rückbz. à 110	5	107,30 bz
do. do. do.	4½	100,50 bz
Unk. H. d.Pr.Bd.Crd.-B.	5	103 G
do. III. Em. do.	5	101 bzG
Kündb.Hyp.-Schuld.do.	5	99,90 G
Hyp.Anth.Nord-G.-C.B.	5	101,50 bz
Pomm. Hypoth.-Briefe	5	105,50 bz
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	111,50 bz
do. do. II. Em.	5	103,80 bz
do. 5%Pf. rkzlbr.m110	5	103,75 bz
do. 4½ do. do. m. 110	4½	96,75 bz
Meininger Präm.-Pfd.	4	103,50 G
Oest. Silberpfandbr.	5½	51 B
do. Hyp.Crd.Pfndbr.	5	61,00 G
Pfdb.d.Oest Bd.-Cr.-Gc.	5	89,30 G
Schles.Bodencr.Pfndbr.	5	101,90 B
do. do.	4½	95,60 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102,50 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	52 B

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4 1/5	68,40 etbzB
do. Papierrente	4 1/5	64,60 bzB
do. 54er Präm.-Anl.	4	112,30 G
do. Lott.-Anl. v. 60	5	117,75 bz
do. Credit-Loose	—	354,00 bz
do. 64er Loose	—	305,00 bz
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	181,50 etbzG
do. do. 1866	5	177,60 G
do. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	92,10 bzG
Russ.-Pol. Schatz-Obl.	4	88,20 G
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	84,00 G
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	71,60 etbz
Amerik. rückz. p.1881	6	104,30 bz
do. do. p.1885	6	102,80-90 etbzB
do. 5% Anleihe	5	99,40 bz
Französische Rente	5	104 G
Ital. neue 5% Anleihe	5	73,00 bzG
Ital. Tabak-Oblig.	6	100,20 bz
Raab-Grazer 100Thlr.L.	4	83,60 etbzB
Rumänische Anleihe	8	105,75 bz
Türkische Anleihe	5	42,80 G
Ung.5%St.-Eisenb.-Anl.	5	77,00 bzB

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 39,00 bz
Türken-Loose 101,50 G

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg-Märk. Serie II.	4½	100 bzG
do. III.v.St.3½g.	3½	84,40 B
do. do. VI.	4½	98,50 bzB
do. Hess. Nordbahn	5	103,50 G
Berlin-Görlitz	5	102,90 bz
do.	4½	— —
Breslau-Freib. Litt. D.	4½	98 G
do. do. G.	4½	96,00 bzB
do. do. H.	4½	— —
do. do. J.	4½	— — K94,60
Cöln-Minden III.	4	92 B [bG
do. do.	4½	100,25 G
do. IV.	4	92,50 bz
do. V.	4	91,50 B
Halle-Sorau-Guben	5	93,00 G
Hannover-Altenbeken	4½	— —
Märkisch-Posener	5	102,75 G
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	96 G
do. do. II. Ser.	4	94,75 G
do. do. Obl.I.u.II.	4	97,00 B
do. do. III. Ser.	4	96,75 B
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	93,25 G
do. E.	3½	85,25 G
do. F.	4½	100,75 B
do. G.	4½	99,80 B
do. H.	4½	101,80 bzG
do.	5	104,20 bz
do. von 1873.	4	— —
do. von 1874.	4½	98,40 bzB
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	104,75 bzG
do. Stargard-Posen	4	92,75 B
do. do. II. Em.	4½	99,75 bz
do. do. III. Em.	4½	99,75 bz
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	79,75 bzB
Ostpreuss. Südbahn	5	— —
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	104,00 B
Schlesw. Eisenbahn	4½	99,30 G
Chemnitz-Komotau	5	56,60 B
Dux-Bodenbach	5	69 bzG
do. II. Emission.	5	56,00 bzB
Prag-Dux	fr.	— —
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	93,10 bzG
do. do. neue	5	91,10 bz
Kaschau-Oderberg	5	76,20 bz
Ung. Nordostbahn	5	65,10 G
Ung. Ostbahn	5	61,25 bzG
Lemberg-Czernowitz	5	73,50 G
do. do. II.	5	76,10 bz
do. do. III.	5	69,40 bzG
Mährische Grenzbahn	5	68,70 G
Mähr.-Schl.Centralbahn	fr.	24,00 B
do. neue	fr.	— —
Kronpr. Rudolph-Bahn	5	80,90 bz
Oesterr.-Französische	3	324,00 bz
do. do. neue	3	31,000 B
do. südl. Staatsbahn	3	233,50 bz
do. neue	3	232,60 bz
do. Obligationen	5	83,00 bz
Warschau-Wien II.	5	99,90 bz
do. III.	5	99,40 G
do. IV.	5	99,40 G

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1873	1874	Zf.	
Aachen-Mastricht	1¼	1	4	27,90 bz
Berg.-Märkische	3	3	4	85,50-50 bz
Berlin-Anhalt	16	8½	4	109,50 bzB
do. Dresden	5	5	5	48,90 bz
Berlin-Görlitz	3	0	4	47,60 bzG
Berlin-Hamburg	10	12½	4	185,25 bzG
Berl. Nordbahn	5	0	fr.	1,50 bzB
Berl.-Postd.-Magd.	4	1⅔	4	69,90 bzB
Berlin-Stettin	10⅔	9 11/12	4	136,25 B
Böhm. Westbahn	5	5	5	87,75 bz
Breslau-Freib.	8	7½	4	82,30 G
do. neue	5	5	5	— —
Cöln-Minden	8 4/10	—	4	102,20 bz
do. neue	5	5	5	102 bzG
Cuxhav. Eisenb.	6	6	6	— —
Dux-Bodenbach B	0	0	4	25,50 B
Gal.Carl-Ludw.-B.	8,67	8½	4	105,50-75 bzB
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	16,90 bzB
Hannover-Altenb.	0	0	4	16,50 bz
Kaschau-Oderbrg.	5	5	5	60,75 bz
Kronpr.Rudolphb.	5	5	5	62,90 bz
Ludwigsh.-Bexb.	9	9	4	179,40 bz
Märk.-Posener	0	0	4	21,25 bz
Magdeb.-Halberst.	6	—	4	70 bzB
Magdeb.-Leipzig	14	14	4	212 bz
do. Lit. B.	4	4	4	91,50 bzG
Mainz-Ludwigsh.	9	6	4	102 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	97,25 G
Oberschl. A. C. D.	13⅔	12	3½	135,75 bzB
do. B.	13⅔	12	3½	128 bzG
do. E.	—	—	3½	131,10 bz
Oester.-Fr.-St.-B.	10	8	4	523,50-24 bz
Oest. Nordwestb.	5	5	5	274 bzB
Oester.südl.St.-B.	3	1½	4	201,50-198 bz
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	42 bzB
Rechte O.-U.-Bahn	6⅔	6⅔	4	106,80 bzG
Reichenberg-Pard	4½	4½	4½	66,10 bz
Rheinische	9	—	4	113,50-75 bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	18.50 G
Rumän.Eisenbahn	5	—	4	34,75 bzG
Schweiz Westbahn	1 3/5	0	4	12,75 bzB
Stargard-Posener	4½	4½	4½	106,90 bzG
Thüringer	7½	7½	4	114,90 bzB
Warschau-Wien	11	—	4	258,25 G

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	5	5	5	85 bzG
Berlin. Nordbahn	5	0	fr.	2,10 G
Breslau Warschau	0	0	5	31 B
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	29,50 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	29 bz
Kohlfurt-Falkenb.	5	—	5	39 B
Märkisch-Posener	0	0	5	55 bz
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	66,50 bz
do. Lit. C.	5	5	5	94 G
Ostpr. Südbahn	0	0	5	79,20 bz
Pomm. Centralb.	0	0	fr.	1,20 bz
Rechte O.-U.-Bahn	6½	6½	5	108,75 bz
Rum. (40% Einz.)	8	8	8	91 bzB
Saal-Bahn	5	3½	5	38 bz

Bank-Papiere.

AngloDeutsche Bk.	0	0	4	43,50 bz
Allg.Deut.Hand.-G	—	5	4	conv. 46 G
Berl. Bankverein	5½	4½	4	77 bz
Berl. Kassen-Ver.	29	19 1/5	4	249 B
Berl. Handels-Ges.	6½	7	4	115 bzG
do.Prod.-u.Hdls.B.	3⅔	10½	4	87,50 bzG
Braunschw. Bank	9	7½	4	91,10 bzB
Bresl. Disc.-Bank	2½	4	4	75,50 bz
do. Hand.u.-Entrp.	5	0	4	— —
Bresl. Maklerbank	0	0	4	72 B
Bresl. Mkl.-Ver.-B.	5	4	4	85 B
Bresl. Wechslerb.	0	3½	4	74 G
Centralb. f. Ind. u. Hand.	4	4	4	71 bzG
Coburg. Cred.-Bk.	4	4½	4	65 bz
Danziger Priv.-Bk.	7½	6	4	115 G
Darmst. Creditbk.	10	10	4	131,25 bz
Darmst. Zettelbk.	7 8/10	6½	4	102 G
Deutsche Bank	4	5	4	78,50 bz
do. Hyp.-B. Berlin	5	7½	4	94 G
Deutsche Unionsb.	1	3	4	72,10 etbz
Disc.-Com.-A.	14	12	4	160 bzB
Genossensch.-Bk.	3	6	4	98,50 bz
do. junge	3	6	4	98,25 G
Gwb.Schuster u.C.	0	0	4	60 bzG
Goth.Grundcred.B	8	9	4	113,25 bz
Hamb. Vereins-B.	10 5/9	11 1/9	4	123,50 bz
Hannov. Bank	7 3/5	6⅔	4	102,50 etbzG
do. Disc.-Bk.	0	0	4	77,50 bzG
Hessische Bank	0	—	4	67 B
Königsb. do.	0	5⅔	4	87,75 G
Ldw.B. Kwilecki	0	—	4	67 G
Leip. Cred.-Anst.	9⅔	9½	4	136,50 bzB
Luxemburg. Bank	8⅔	9	4	114 bzB
Magdeburger do.	6 3/10	5⅔	4	105 G
Meininger do.	5	4	4	85,30 bzG
Moldauer Lds.-Bk.	5	3	4	50 B
Nordd. Bank	10 4/5	[illegible]	4	139,25 bz
Nordd. Grundcr.B.	7¼	9½	4	102,75 bzG
Oberlausitzer Bk.	0	0	4	58 G
Oest. Cred.-Actien	5⅔	6⅔	4	421,50-21,50 b
Ostdeutsche Bank	4	6	4	80 G
Ostd. Product.-Bk.	0	—	4	— —
PosnerProv.-Bank	7⅔	6	4	99,75 B
Preuss. Bank-Act.	20	12¾	4½	156 bz
Pr.-Bod.-Cr.-Act.B.	0	8	4	97,90 bzG
Pr- Cent.-Bod.-Cr.	9½	9½	4	119 bzG
Sächs. B 60 % I. S.	12	10½	4	118,60 bz
Sächs. Cred.-Bank	0	5	4	84,10 bz
Schl. Bank.-Ver.	6	6	4	98,50 G
Schl. Vereinsbank	7	5	4	89 G
Thüringer Bank	8	6	4	84,50 bzG
Weimar. Bank	5	5¼	4	83 G
Wiener Unionsb.	0	5	4	199 B

(In Liquidation.)

Berliner Bank	0	—	fr.	88,50 bzG
Berl. Lomb.-Bank	0	—	fr.	15,50 G
Berl. Makler-Bank	0	—	fr.	— —
Berl. Prod.-Makl.B	12⅔	0	fr.	— —
Berl. Wechslerbk.	0	—	fr.	102,50 etbzG
Br. Pr.-Wechsl.-B.	0	0	fr.	72 bz
Centralb. f. Genos.	0	—	fr.	93 bz
Nrdschl. Cassenv.	0	—	fr.	0,40 G
Pos.Pr.-Wechsl.-B	0	—	fr.	0,25 G
Pr. Credit-Anstalt	0	—	fr.	56 G
Prov.-Wechsl.-Bk.	0	—	fr.	— —
Schl. Centralbank	8	2	fr.	— —
Ver.-Bk. Quistorp	0	—	fr.	21 bzG

Industrie-Papiere.

Baugess. Plessner	0	0	fr.	1,10 bz
Berl-Eisenb.-Bd.A.	6⅔	7½	fr.	142 bzB
D. Eisenbahnb.-G.	0	0	4	24,20 bz
do.Reichs- u.Co.-E.	8	4	4	75 bzG
Märk.Sch.Masch.G.	0	4	4	26,50 bzG
Nordd. Papierfabr.	0	4	4	33 G
Westend, Com.-G.	0	—	fr.	11,50 bzB
Pr. Hyp. Vers-Act.	17 3/5	18 3/5	4	129 G
Schl. Feuervers.	18	17	4	— —
Donnersmarkhütte	6	4	4	— —
Dortm. Union	0	—	4	14,10 bzG
Königs- u. Laurah.	20	—	4	100,50 bz
Lauchhammer	2	—	4	28 B
Marienhütte	6	7½	4	60 bzB
Minerva	0	—	fr.	— —
Moritzhütte	5	0	4	35 G
OSchl. Eisenwerk.	0	1	4	20 G
Redenhütte	2	0	4	8 bzB
Schl. Kohlenwerk.	1	—	4	30 G
Schles. Zinkh.-Act.	8	7	4	87,25 G
do. St.-Pr.-Act.	8	7	4½	92,40 bz
Tarnowitz. Bergb.	16	0	4	45 bzG
Vorwärtshütte	7	1	4	26 bzG
Baltischer Lloyd	0	0	4	23 G
Bresl. Bierbrauer.	9	—	4	24 B
Bresl. E.-Wagenb.	3½	6⅔	4	54 B
do. ver. Oelfabr.	8	—	4	51 G
Erdm- Spinnerei	7	4	4	38 G
Görlitz, Eisenb.-B.	0	—	4	34,25 B
Hoffm's Wag.-Fab.	5⅔	0	4	20 B
O.Schl. Eisenb.-B.	5	2	4	41 bzB
Schles. Leinenind.	9	7⅔	4	87,25 bzG
S Act.-Br.(Scholtz)	0	—	fr.	28 G
do. Porzellan	7	0	4	39,50 G
Schl. Tuchfabrik-	0	—	4	— — [G
do. Wagenb.-Anst.	0	0	4	4,25 G [90
Schl.Wollw.-Fabr.	0	—	4	29 G conv.
Wilhelmshütte MA	10	—	4	— —

Berlin, 3. Juni. Im Allgemeinen trug die Börse heute einen animirteren Charakter und zeichnete sich auch durch entschiedene Festigkeit den vorhergegangenen Geschäftstagen gegenüber aus. Der Umfang der geschäftlichen Transactionen blieb aber auch heute nur von geringer Ausdehnung. Auf dem Geldmarkte ist eine regere Nachfrage zu bemerken, doch war dieselbe noch nicht von dem Umfange, daß der Zinsfuß am offenen Markte eine Aenderung erlitten hätte; der momentane Geldbegehr wird mit der Cautionszahlung bei Zeichnung auf die Reichsbankantheile in Verbindung gebracht. Hierbei möchten wir bemerken, daß der Zeichnungsandrang bei der Preußischen Hauptbank schon heute ein außerordentlich großer war, so daß selbst eine Quittungsertheilung über die eingelieferten Beträge resp. Effecten sich kaum bewerkstelligen ließ. Heute bedangen Reichsbankantheile 144½—143½. Die Speculationspapiere hatten in träger und wenig fester Stimmung und mit mehr oder weniger belangreichen Courseinbußen eingesetzt; in der ersten Börsenhälfte machte die absteigende Bewegung der Course auch noch weitere Fortschritte. Zu den herabgesetzten Notirungen ausgeführte Deckungskäufe leiteten eine Gegenströmung ein, unter deren Einfluß denn auch bald die Course den anfänglichen Stand zurückgewannen und sogar überschritten. Die festere Haltung schwächte sich aber später, wenigstens für die internationalen Speculationseffecten, ab; besonders fand dies nach dem Eintreffen matter Coursdepeschen aus Hamburg und Frankfurt statt. Lombarden hatten mit einer erheblichen Courseinbuße (9 Mk.) gegen gestern begonnen, verkehrten dann aber in relativ fester Haltung und schlossen sich auch der steigenden Bewegung an. Gegen Schluß der Börse verfielen sie aber in eine intensiv matte Stimmung und der Cours ließ plötzlich und in Sprüngen von einigen Mark nach. Abgesehen hiervon machten wir die Bemerkung, daß der hiesige Platz im Vergleich zu der Haltung der anderen Märkte, was Lombarden anbelangt, verhältnißmäßig fest erscheint, da er nicht eigentlich Abgeber ist und sich eher mit Deckungsankäufen beschäftigt. Lombardische Prioritäten begegneten einer günstigeren Auffassung und konnten die 3%igen sich sogar etwas erholen, 5%ige blieben zwar gedrückt, unterlagen jedoch nur einer geringeren Coursreduction. Von den localen Speculationswerthen befestigten sich zum Schluß Disc.-Com. 160, ult. 159—159,50—158,75—160, Dortm. Union 14,10, ult. auch 14, auch Laurahütte recht fest, 100,50, ult. 99,50—100,75—100. Die österr. Nebenbahnen blieben sehr still, Galizier und Oesterr. Nordwestbahn zeigten sich offerirt, Recht fest war wiederum die Stimmung für fremdländische Rentenpapiere, ebenso trat für 1860er Loose gute Kauflust auf. Russische Werthe meist anziehend, namentlich Fonds und Bahnen fest. Preußische und andere deutsche Staatspapiere bei guter Festigkeit ohne Leben. Auch das Prioritäten-Geschäft hatte an Regsamkeit eingebüßt, Halle-Sorauer besser behauptet. Auf dem Eisenbahnactienmarkte herrschte bei kleinen Umsätzen ziemliche Festigkeit. Die etwaigen Coursveränderungen sind aber kaum erwähnenswerth. Görlitzer behauptet, Halle-Sorau offerirt, Schw. Westbahn matt, Brest-Grajewo und Oberhess. lebhaft. Bankactien ruhig, Centralbank für Bauten, Ritterschaftliche Privat-Bank, Frankfurter Wechslerbank und Elberfelder Disconto besser; Schaaffhausen, Meininger, Amsterdamer und Centralbank für Industrie und Handel nachgebend; Industriepapiere sehr still, Bazar anziehend. Sentker 6% höher, Görlitzer Eisenbahnbedarf offerirt; Norddeutscher Eisenbahnbedarf behauptet. Bergwerke ruhig. Westfäl. Draht zu gestriger Notirung belebt, Hibernia, Courl, Eschweiler, Bonifacius und besonders Schles. Kohlen fest. Wechsel still. Russische Valuta steigend. — Um 2½ Uhr: Matt. Credit 421, Lombarden 198, Franzosen 523, Disc.Comm. 159½, Dortm. Union 14, Laura 100¾. (Bank- u. H.-Z.)

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 3. Juni, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-course.] Londoner Wechsel 206, 40. Pariser do. 81, 80. Wiener do. 183, 35. Böhmische Westbahn 175. Elisabethb. 165¾. Galizier 210¼. Franzosen*) 261. Lombarden*) 94¾ Br. Nordwestbahn 137. Silberrente 68⅝. Papierrente 64⅝. Russ. Bodencredit 92¼. Russen 1872 103. Amerikaner 1882 99⅞. 1860er Loose 117¼. 1864er Loose —,—. Creditactien*) 209¾. Bankactien 871, 50. Darmstädter Bank 130¼. Brüsseler Bank 105¾. Berliner Bankverein 77⅞. Frankfurter Bankverein 75. do. Wechslerbank 77¼. Oesterr.-deutsche Bank 83. Meininger Bank 85⅝. Hahn'sche Effectenb. 107¾. Prov.-Disc.-Gesellschaft —. Continental 76. Hess. Ludwigsbahn 102. Oberhessen 72⅞. Raab-Grazer 83⅞. Ungar. Staatsloose 172, 10. do. Schatzanweisungen alte 95⅞. do. Schatzanw. neue 93⅞. do. Ostb.-Obl. II. 66. Oregon Eisenb. —. Rockford do. 11¼. Central-Pacific 85⅝.

*) per medio resp. per ultimo.

Nach kurzer Erholung Tendenz schließlich auf Londoner Meldungen wieder sehr matt.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 209, Franzosen 259½, Lombarden 93¾.

Hamburg, 3. Juni, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 115, Silberr. 68⅝, Credit-Actien 209¼, Nordwestb. —, 1860er Loose 118, Franzosen 649½, Lombarden 243, Ital. Rente 73, Vereinsbank 123, Laurahütte 99, Commerzb. 81, do. II. Em. —, Norddeutsche 137, Provinzial-Disconto —, Anglo-deutsche 44¾, do. neue 66½, Dän. Landmbk. —, Dortmunder Union —, Wiener Unionbank —, 64er Russ. Pr.-A. —, 66er Russ. Pr.-A. —, Amerikaner de 1882 93½, Köln.-M. St.-A. 101¾, Rhein. Eisenb. do. 113¼, Bergisch-Märk. do. 85⅞, Disconto 3 pCt. — Ruhig.

Deutsch-Brasilianische Bank 64½, Internationale Bank 82.

Hamburg, 3. Juni. [Getreidemarkt.] Weizen loco und auf Termine matt. Roggen loco ruhig, auf Termine niedriger. Weizen 126pfd. pr. Juni pr. 1000 Kilo netto 187 Br., 185 Gd., per Juni-Juli 1000 Kilo netto 186 Br., 184 Gd., per Juli-August pr. 1000 Kilo netto 186 Br., 184 Gd., per September-October pr. 1000 Kilo netto 188 Br., 187 Gd., per October-November per 1000 Kilo netto 189 Br., 188 Gd., — Roggen per Juni 1000 Kilo netto 155 Br., 153 Gd., per Juni-Juli 1000 Kilo netto 150 Br., 149 Gd., pr. Juli-August 1000 Kilo netto 150 Br., 149 Gd., per September-October pr. 1000 Kilo netto 149 Br., 148 Gd., pr. October-November pr. 1000 Kilo netto 149 Br., 148 Gd. — Hafer ruhig, Gerste still. Rüböl fest, loco 61 Br., per October per 200 Pfd. 63½ Gd. Spiritus fest, per Juni 36½, per Juli-August 37½, per August-September 38½, per September-October per 100 Liter 100 pCt. 40. Kaffee fest, Umsatz 2000 Sack. — Petroleum matt, Standard white loco 11, 40 Br., 11, 20 Gd., per Juni 11, 20 Gd., per August-December 11, 80 Gd. — Wetter: Heiß.

Liverpool, 3. Juni, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 8000 B. und etwas darüber. Tagesimport 8000 B. zum größten Theil brasilianische, darunter nur 100 B. amerikanische.

Liverpool, 3. Juni, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Ruhig. Amerikanische Verschiffungen 1/16 D. niedriger. Good fair Domra-Mai-Juni-Verschiffung per Suezcanal 5 9/16 D.

Middl. Orleans 8 1/16, middling amerikanische 7⅞, fair Dhollerah 5¼, middling fair Dhollerah 4⅞, good middling Dhollerah 4⅝, middl. Dhollerah 4⅜, fair Bengal 4½, fair Broach 5½, new fair Domra 5⅜, good fair Domra 5¾, fair Madras 4⅞, fair Pernam 8 3/16, fair Smyrna 6½, fair Egyptian 9.

Antwerpen, 3. Juni, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt] (Schluß-Bricht.) Weizen steigend, dänischer 25½. Roggen behauptet, Kurland 19¼. Hafer unverändert, Riga 20½. Gerste stetig.

Antwerpen, 3. Juni, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schluß-Bericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 26 bez. und Br., per Juni 26 bez. und Br., per Juli 26 Br., per September 28½ Br., per September-December 29½ Br. Weichend.

Bremen, 3. Juni. [Petroleum.] (Schlußbericht.) Standard white loco 10, 90, per August 11, 35, per September 11, 60, per October 11, 85. Ruhig.

Wien, 3. Juni. [Wochenausweis der gesammten lombardischen Eisenbahn] vom 21. bis zum 27. Mai 1,313,570 Fl., gegen 1,327,428 Fl. der entsprechenden Woche des Vorjahres, mithin Wochen-Mindereinnahme 13,858 Fl. Bisherige Mehreinnahme seit 1. Januar d. J. 520,132 Fl.

Wien, 2. Juni. [Das Börsenschiedsrichter-Collegium] hat in einem speciellen Falle dahin entschieden, daß bei per Differenz geschlossenen Geschäften in Lombardencoupons der volle Betrag von Null bis zum Kaufs- resp. Verkaufspreise bezahlt wird.

Berlin, 3. Juni. [Productenbericht.] Roggen hatte auch heute unter dem Drucke der schlecht aufgenommenen Kündigung von 20,000 Ctnr. zu leiden und ist neuerdings etwas billiger verkauft worden. Das Effectivgeschäft ist sehr still. — Roggenmehl matt. — Weizen preishaltend und besonders zum Schluß in fester Haltung. — Hafer hat loco langsam Absatz gefunden, nur geringe Qualität ist total vernachlässigt. Termine ziemlich fest. — Rüböl fester aber nur wenig belebt. — Spiritus mit mehr Kauflust erholte sich etwas im Werthe.

Weizen loco 168—200 M. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, pr. Mai-Juni 187—187½ M. bez., pr. Juni-Juli 186—187 M. bez., pr. Juli-August 187—188 M. bez., pr. August-September — M. bez., pr. September-October 188½—189½ M. bez. — Gekündigt 11,000 Ctnr. Kündigungspreis 187 M. — Roggen pro 1000 Kilo. loco 141—162 M. nach Qualität gefordert, russischer 138—148½ M. bez., ordinärer russischer — M. bez., inländischer 152—162 M. ab Bahn bez., ordinärer inländischer — M. ab Bahn bez., pr. Mai-Juni 145—144 M. bez., pr. Juni-Juli 144½—143½ M. bez., pr. Juli-August 144—143½—144 M. bez., pr. August-September — M. bez., pr. September-October 145—145½—145 M. bez. Gekündigt 20,000 Ctnr. Kündigungspreis 144½ M. — Gerste loco 123—160 M. nach Qualität gefordert. — Hafer loco 125—188 M. nach Qualität gefordert, schlesischer — M. bez., ostpreußischer 155—173 M. bez., westpreußischer 155—173 M. bez., russischer 125—177 M. bez., ungarischer und galizischer 135—160 M. bez., pommerscher 175—182 M. ab Bahn bez., mecklenburger 175—182 M. ab Bahn bez., ordinärer russischer — M. bez., pr. Mai-Juni 161—161½—161 M. bez., pr. Juni-Juli 161—160½—161 M. bez., pr. Juli-August 156—156½ M. bez., pr. August-September — M. bez., pr. September-October 150—150½ M. bez. — Gekündigt 33,000 Ctnr. Kündigungspreis 161 M. — Erbsen: Kochwaare 179—236 M., Futterwaare 150—172 M. — Weizenmehl pr. 100 Kilo. Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0 25,50—24,50 M., Nr. 0 und 1 24,00—22,50 M.. — Roggenmehl Nr. 0 22,25—21,25 M., Nr. 0 und 1 20,50—18,50 M bez. — Roggenmehl Nr. 0 und 1: pr. April-Mai — M. bez., pr. Mai-Juni 20,60—45 M. bez., pr. Juni-Juli 20,60—45 M. bez., pr. Juli-August 20,80— M. bez., pr. August-September — M. bez., pr. September-October 20,90—80 M. bez. — Gekündigt 7000 Ctnr. Kündigungspreis 20,50 M. — Oelsaaten. Raps — M., Rübsen: — M. nach Qualität. Rüböl per 100 Kilogr. netto loco 59,5 M. Br., mit Faß — M. bez., pr. April-Mai — M. bez., pr. Mai-Juni 60,5 M. bez., pr. Juni-Juli 60,5 M. bez., pr. Juli-August — M. bez., pr. September-October 62,5 M. bez., pr. October-November 63,3 M. bez., pr. November-December 64 M. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M. bez. — Leinöl loco 60 M. — Petroleum per 100 Kilo incl. Faß loco 27,5 M. bez., pr. Mai-Juni 27 M. Br. bez., pr. Juni-Juli — M. bez., pr. Juli-August — M. bez., pr. September-October 26,[illegible] M. Gld. — Gekündigt — Barrels. Kündigungspreis — M bez.

Spiritus per 10,000 Liter loco „ohne Faß" 51,5—51,8 M. bez., gestern wurde loco ohne Faß ab Speicher à 51,3 gehandelt, „mit Faß" pr. Mai-Juni 51,4—52—51,8 M. bez.. pr. Juni-Juli 51,4—52—51,8 M. bez., pr. Juli-August 52,7—53,1—53 M. bez., pr. August-September 53,8—54,2—54,1 M. bez., pr. September-October — M. bez. — Gekündigt 380,000 Liter. Kündigungspreis 51,70 M.

Breslau, 4. Juni, 9½ Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war im Allgemeinen schleppend, bei mäßigem Angebot, Preise schwach preishaltend.

Weizen, in sehr gedrückter Stimmung, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 15 bis 16,70—19 Mark, gelber 14,80—15,40—17,70 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, nur feine Qualitäten zu etwas billigeren Preisen verkäuflich, pr. 100 Kilogr. 13,40 bis 14,20 bis 15,50 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. 11,50—13 Mark, weiße 13,2[illegible] bis 14,20 Mark.

Hafer schwach behauptet, per 100 Kilogr. 13,60—14,30—16,10 Mark, feinster über Notiz.

Mais vernachlässigt, per 100 Kilogr. 11,80—12,20 Mark.

Erbsen wenig beachtet, per 100 Kilogr. 17—18—20,50 Mark.

Bohnen ohne Umsatz, per 100 Kilogr. 21—21,75—22,50 Mark.

Lupinen gut verkäuflich, pr. 100 Kilogr. gelbe 16—17 Mark, blaue 15,50—16,50 Mark.

Wicken wenig offerirt, per 100 Kilogr. 19—20—22 Mark.

Oelsaaten schwach zugeführt.

Schlaglein leicht verkäuflich.

Per 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	25	24	75	22	50
Winterraps	25	50	24	50	23	40
Winterrübsen	25	—	24	10	23	60
Sommerrübsen	24	75	23	25	22	50
Leindotter	23	75	22	25	21	75

Rapskuchen preishaltend, pr. 50 Kilogr. 8,20—8,40 Mark.

Leinkuchen gut behauptet, pr. 50 Kilogr. 11—11,40 Mark.

Thymothee matter, pr. 50 Kilogr. 28—31,50—35 Mark.

Kleesamen ohne Umsatz, rother pr. 50 Kilogr. 48—52—55 Mark, weißer pr. 50 Kilogr. 54—57—68 Mark, hochfeiner über Notiz.

Mehl in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogramm Weizen fein 24,50 bis 25,50 Mark, Roggen fein 23,75—24,75 Mark, Hausbacken 21,75—22,7[illegible] Mark, Roggen-Futtermehl 11,25—12 Mark, Weizenkleie 8,50—9 Mark.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Juni 3. 4.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	333''',79	333''',12	332''',66
Luftwärme	+ 20°,9	+ 16°,1	+ 13°,0
Dunstdruck	3''',28	3''',96	4''',37
Dunstsättigung	30 pCt.	51 pCt.	72 pCt.
Wind	O. 2	SO. 1	SO. 2
Wetter	heiter.	heiter.	heiter.
Wärme der Oder		7 Uhr Morgens	+ 16°,6.

Breslau, 4. Juni. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. — Cm. U.-P. — M. 44 Cm.

[Weichsel-Novellen.] Bei Franz Duncker in Berlin ist ein Band Novellen erschienen, deren Autor sich Th. Almar nennt. Aus beiden Novellen „Die Ruine von Schwetz" und „Margarethe" spricht ein starker Zug von Romantik, allein ebenso groß erscheint uns die Kraft des Dichters, Personen und Dinge poetisch zu verklären. In den „Ruinen von Schwetz" rollt sich ein Bild mittelalterlichen Culturkampfes vor unsern Augen ab. Die Ritter von Sancta Maria, die Pioniere des Ostens, liegen im harten Kampf mit den heidnischen Bewohnern der Weichsellande. Durch den wilden Tumult schreitet die lichte Gestalt der Liebe wie ein Friedensengel, allein auch sie wird hineingezogen in die düstere Catastrophe, welche über Christen und Heiden hereinbricht.

Unendlich milder und anmuthiger als diese Novelle mit ihrer erschütternden Tragik, ist die zweite, „Margarethe". Hier hat der Autor es verstanden im einfachen Rahmen moderner bürgerlicher Verhältnisse eine ungemein interessante Handlung zu erfinden, welche uns durch die überraschende Entwickelung in die lebhafteste Spannung versetzt. Vortrefflich ist auch die feine Charakterisirung der aufgeführten Personen, namentlich die der Heldin.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.